



DETMOLD

**Kulturstadt
im Teutoburger Wald**

**Budgetbuch 2014
Fachbereich 3
Bürgerservice,
Ordnung, Feuerwehr
und Rettungsdienst**

**Budgetbuch
Fachbereich 3
Bürgerservice, Ordnung,
Feuerwehr und Rettungsdienst**

Inhaltsverzeichnis

		Seite
1.	Haushaltssatzung	1 - 4
2.	Verzeichnis der Produkt- und Auftragskonten mit Deckungsvermerken	5 - 15
3.	Produktplan	17
4.	Planungsreport	19 - 29
5.	<u>Teilergebnispläne / Teilfinanzpläne / Investitionsmaßnahmen</u>	
5.1	Fachbereich 3 – Bürgerservice, Ordnung, Feuerwehr und Rettungsdienst	30 - 31
5.2	<i>Produktgruppe 300 Bürgerberatung</i>	
5.2.1	Produkt 050 Telefonservice Center	32 - 33
5.2.2	Produkt 100 Melderegister und Personaldokumente	34 - 36
5.2.3	Produkt 200 Hundesteuer, Sozialpässe, Fundsachen	38 - 39
5.2.4	Produkt 300 Wahlen und Statistik	40 - 42
5.2.5	Produkt 400 Rentenversicherungsangelegenheiten	44 - 45
5.2.6	Produkt 500 Gewerbe	46 - 47
5.2.7	Produkt 600 Märkte	48 - 49
5.3	<i>Produktgruppe 310 Ordnungsangelegenheiten</i>	
5.3.1	Produkt 100 Allgemeine öffentliche Sicherheit und Ordnung	50 - 52
5.3.2	Produkt 200 Parkraumbewirtschaftung und Überwachung	54 - 55
5.4	<i>Produktgruppe 320 Feuerwehr</i>	
5.4.1	Produkt 100 Bekämpfung von Bränden, Hilfeleistung bei Unglücksfällen	56 - 58
5.4.2	Produkt 200 Vorbeugender Brandschutz	60 - 61
5.5	<i>Produktgruppe 330 Krankentransport und Rettungsdienst</i>	
5.5.1	Produkt 100 Transport von Kranken	62 - 63
5.5.2	Produkt 200 Transport von Notfallpatienten / Herstellung der Transportfähigkeit	64 - 65
5.6	<i>Produktgruppe 340 Standesamtsangelegenheiten</i>	
5.6.1	Produkt 100 Personenstandswesen	66 - 67
5.6.2	Produkt 200 Einbürgerungen	68 - 69

- Anmerkung zum vorläufigen Ergebnis 2012 -

In den Ergebnis- und Finanzplänen wird das vorläufige Ergebnis 2012 ausgewiesen. Der Jahresabschluss 2012 ist in seiner Gesamtheit noch nicht abgeschlossen, so dass sich noch Korrekturen in einzelnen Bereichen ergeben können.

Haushaltssatzung der Stadt Detmold für das Haushaltsjahr 2 0 1 4

Aufgrund der §§ 78 ff. der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV. NRW. S. 666), zuletzt geändert durch Gesetz vom 09.04.2013 (GV. NRW. S.194) hat der Rat der Stadt Detmold mit Beschluss vom 18.12.2013 folgende Haushaltssatzung erlassen:

§ 1

Der **Haushaltsplan** für das Haushaltsjahr 2014, der die für die Erfüllung der Aufgaben der Gemeinden voraussichtlich anfallenden Erträge und entstehenden Aufwendungen sowie eingehenden Einzahlungen und zu leistenden Auszahlungen und notwendigen Verpflichtungsermächtigungen enthält, wird

im **Ergebnisplan** mit

dem Gesamtbetrag der Erträge auf	198.000.846 €
dem Gesamtbetrag der Aufwendungen auf	196.650.498 €

im **Finanzplan** mit

dem Gesamtbetrag der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	190.117.939 €
dem Gesamtbetrag der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	184.091.992 €
dem Gesamtbetrag der Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit auf	8.473.352 €
dem Gesamtbetrag der Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit auf	29.130.257 €
dem Gesamtbetrag der Einzahlungen aus der Finanzierungstätigkeit auf	42.656.905 €
dem Gesamtbetrag der Auszahlungen aus der Finanzierungstätigkeit auf	27.750.000 €

festgesetzt.

§ 2

Der **Gesamtbetrag der Kredite**, deren Aufnahme für Investitionen im Haushaltsjahr 2014 erforderlich ist, wird auf

15.735.005 €

festgesetzt.

§ 3

Der **Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen**, der zur Leistung von Investitionsauszahlungen in künftigen Jahren erforderlich ist, wird auf

20.602.762 €

festgesetzt.

§ 4

Eine Inanspruchnahme des Eigenkapitals soll nicht erfolgen.

§ 5

Der **Höchstbetrag der Kredite**, die zur Liquiditätssicherung im Haushaltsjahr 2014 in Anspruch genommen werden dürfen, wird auf

40.000.000 €

festgesetzt.

§ 6

Die **Steuersätze für die Gemeindesteuern** werden für das Haushaltsjahr 2014 wie folgt festgesetzt:

- | | | |
|-----|--|-----------------|
| 1. | Grundsteuer: | |
| 1.1 | für die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe (Grundsteuer A) auf | 192 v.H. |
| 1.2 | für die Grundstücke (Grundsteuer B) auf | 495 v.H. |
| 2. | Gewerbsteuer: | |
| | auf | 430 v.H. |

§ 7

Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen sowie Verpflichtungsermächtigungen

Über- und außerplanmäßige **Aufwendungen und Auszahlungen**, die auf gesetzlicher oder vertraglicher Grundlage beruhen, sind im Sinne des § 83 GO NRW erheblich, wenn sie mindestens **25.000 €** betragen.

Alle übrigen über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen sind erheblich, wenn sie im Einzelfall den Betrag von **15.000 €** überschreiten, davon ausgenommen sind die internen Leistungsverrechnungen und bilanzielle Abschreibungen im Rahmen des Jahresabschlusses.

Unerheblich sind ferner alle über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen, die im Zusammenhang mit

- dem **Jahresabschluss** oder
- der Umsetzung des **NKF** oder
- finanzneutralen Änderungen von Sachkonten aus finanzstatistischen Gründen oder
- finanzneutralen Mittelumschichtungen zwischen den Organisationsbereichen
 - bei Strukturänderungen der Verwaltung oder
 - im Bereich der Personalwirtschaft

erforderlich werden.

Über- und außerplanmäßige **Verpflichtungsermächtigungen** gem. § 85 GO NRW, die auf gesetzlicher oder vertraglicher Grundlage beruhen, sind als erheblich anzusehen, wenn sie im Einzelfall mehr als **150.000 €** betragen. Alle übrigen über- und außerplanmäßigen Verpflichtungsermächtigungen gelten als erheblich, wenn sie im Einzelfall mehr als **50.000 €** betragen.

Die erheblichen **Aufwendungen und Auszahlungen** sowie **Verpflichtungsermächtigungen** bedürfen der vorherigen Zustimmung des Rates. Im Übrigen sind die über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen sowie Verpflichtungsermächtigungen dem Rat zur Kenntnis zu bringen, sofern sie nicht geringfügig sind. Geringfügig in diesem Sinne sind Beträge bis zu **5.000 €**.

§ 8

Budgets und Deckungsfähigkeiten

Zur flexiblen Haushaltsführung werden gemäß § 21 Absatz 1 GemHVO die Erträge und Aufwendungen innerhalb der einzelnen Organisationsbereiche mit Ausnahme

- der Verfügungsmittel sowie
- nicht zahlungswirksamer Aufwendungen (z. B. bilanzielle Abschreibungen, interne Leistungsverrechnungen etc.)

jeweils zu einem Budget verbunden, sofern nicht andere Deckungsvermerke gemäß § 21 Absatz 2 GemHVO (siehe auch „Verzeichnis der Produktsachkonten und Aufträge mit Deckungsvermerken“ [gelbe Seiten]) bestehen. Das Gleiche gilt für Ein- und Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit.

Die Erträge/Aufwendungen bzw. Einzahlungen/Auszahlungen innerhalb der kostenrechnenden Einrichtungen werden zu jeweils gesonderten Budgets verbunden.

Innerhalb der Budgets sind die Summe der Erträge und die Summe der Aufwendungen für die Haushaltsführung verbindlich.

Für die Auszahlungsermächtigungen im investiven Teil des Finanzplanes gilt das „Verzeichnis der Produktsachkonten und Aufträge mit Deckungsvermerken“.

Sämtliche Verpflichtungsermächtigungen innerhalb eines Produktbudgets werden gem. § 13 Absatz 2 GemHVO für gegenseitig deckungsfähig erklärt. Der im § 3 der Haushaltssatzung festgesetzte Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen darf nicht überschritten werden.

§ 9

Ausweis von Investitionen in Teilfinanzplänen

Die **Wertgrenze für die Einzelausweisung von Investitionsmaßnahmen** im Teilfinanzplan nach § 4 Absatz 4 GemHVO wird, bezogen auf den Gesamtausgabebedarf von Einzelmaßnahmen, grundsätzlich auf **250.000 €** festgesetzt.

§ 10

Stellenplan

Rechtsfolge bei Stellen mit einem kw.- bzw. ku.-Vermerk:

- | | |
|--------------|--|
| kw.-Vermerk: | Die Stelle entfällt beim Ausscheiden des Stelleninhabers. |
| ku.-Vermerk: | Die Stelle ist nach Ausscheiden des Stelleninhabers umzuwandeln. |

Detmold, 18.12.2013



Heller
(Bürgermeister)

Verzeichnis der Produktsachkonten und Aufträge mit Deckungsvermerken (für Kontenlisten auf Leistungsebene)

Grundsatz der Gesamtdeckung

Grundsätzlich dienen die Erträge zur Deckung der Aufwendungen sowie die Einnahmen zur Deckung der Auszahlungen (vgl. § 20 GemHVO).

Bildung von Budgets / Gegenseitige Deckungsfähigkeit

Zur flexiblen Haushaltsführung werden gemäß § 21 Absatz 1 GemHVO die Erträge und Aufwendungen innerhalb der einzelnen Organisationsbereiche mit Ausnahme

- der Verfügungsmittel sowie
- nicht zahlungswirksamer Aufwendungen (z. B. bilanzielle Abschreibungen, interne Leistungsverrechnungen etc.)

jeweils zu einem Budget verbunden, sofern nicht andere Deckungsvermerke gemäß § 21 Absatz 2 GemHVO bestehen. Das Gleiche gilt für Ein- und Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit.

Zusätzlich werden alle nicht zahlungswirksamen Zuführungen im Personalbereich (wie Pensionsrückstellungen, Altersteilzeitrückstellungen, Beihilferückstellungen etc.) zu einem Budget verbunden.

Die Erträge und Aufwendungen bzw. Einnahmen und Auszahlungen innerhalb der kostenrechnenden Einrichtungen werden zu jeweils gesonderten Budgets verbunden.

Innerhalb der Budgets sind die Summe der Erträge und die Summe der Aufwendungen für die Haushaltsführung verbindlich.

Darüber hinaus werden die nachfolgenden Produkt-Sachkonten zu einem gesonderten Budget verbunden:

Leistung 004.870.100.001: Weiterbildungsveranstaltungen

Projekt: „Berufsbezogene Sprachförderung“

Ertrags-/ Aufwands- konto	Einzahlungs/ Auszahlungs- konto	Bezeichnung
5012009	7012009	Dienstaufwendungen / -auszahlungen Projekte
5022009	7022009	VBL-Beiträge Projekte
5032109	7032109	Sozialversicherung Projekte
5019006	7019006	Honorare Projekte
5318120	7318120	Weitergabe Bundesmittel Fahrtkosten
5422013	7422013	Mieten
5431152	7431152	Sachmittel

Leistung 004.870.100.002: Schulabschlüsse

Projekt: „Zusätzlicher Hauptschulabschlusskurs“

Ertrags-/ Aufwands- konto	Einzahlungs/ Auszahlungs- konto	Bezeichnung
5012009	7012009	Dienstaufwendungen / -auszahlungen
5019009	7019009	Honorare Projekte
5022009	7022009	VBL - Beiträge
5032109	7032109	Sozialversicherung
5032209	7032209	Berufsgenossenschaftsbeiträge
5391034	7391034	Qualifizierungsgeld für Teilnehmer / -innen
5422008	7422008	Raummieten
5431127	7431127	Lehr- und Unterrichtsmittel

Gegenseitige Deckungsfähigkeit im investiven Teil des Finanzplanes

Innerhalb eines Auftrages sind die Sachkonten gegenseitig deckungsfähig.

Die Auszahlungsermächtigungen im investiven Teil des Finanzplanes für die Anschaffung von beweglichem Anlagevermögen ober- und unterhalb 410 Euro netto innerhalb eines Fachbereiches einschließlich der Auszahlungsermächtigungen für Festwerte werden grundsätzlich für gegenseitig deckungsfähig erklärt. Ausgenommen von dieser Regelung sind die Fachbereiche 2, 3 und 8. Hier gilt Folgendes:

Im Fachbereich 2 sind die Auszahlungen für die Beschaffung von Hard- und Software im Rahmen des Medienentwicklungsplanes gegenseitig deckungsfähig.

Die Auszahlungsermächtigungen im investiven Teil des Finanzplanes des Fachbereiches 3 für die Anschaffung von beweglichem Anlagevermögen ober- und unterhalb 410 Euro netto sind jeweils innerhalb der Produkte „Bekämpfung von Bränden/Hilfeleistung bei Unglücksfällen“ einerseits sowie „Transport von Kranken/Transport von Notfallpatienten“ andererseits gegenseitig deckungsfähig.

Im Fachbereich 8 werden die Auszahlungsermächtigungen im investiven Teil des Finanzplanes für die Anschaffung von beweglichem Anlagevermögen im Bereich der Adlerwarte Berlebeck für gegenseitig deckungsfähig erklärt.

Maßnahmen im Bereich „Sportstätten“ sind gegenseitig deckungsfähig, ebenso alle Maßnahmen des Grunderwerbs im Produkt 001.500.100 (Haus- und Grundstücksservice). Darüber hinaus sind alle Maßnahmen innerhalb der Bereiche „Immobilien“, mit Ausnahme der Beschaffung von Ersatzschulräumen im Schulzentrum Mitte; innerhalb der Bereiche „Kanal- und Gewässerbau/Abwasserbeseitigung“ und sämtliche Maßnahmen im Straßen- und Brückenbau einschließlich der Fußgängerüberwege und Lichtzeichenanlagen und der Straßenbeleuchtung gegenseitig deckungsfähig. Ausgenommen von dieser Regelung sind die Rückzahlungen vorfinanzierter Leistungen im Kanal- und Straßenbau.

Im Produkt „Allgemeine Finanzen“ werden alle Tilgungsleistungen mit Ausnahme der Tilgungsleistungen für Umschuldungen für gegenseitig deckungsfähig erklärt.

Sollten sich außerdem konsumtiv geplante Maßnahmen als investiv herausstellen, gelten diese als ermächtigt.

Unechte Deckungsfähigkeit nach § 21 Absatz 2 GemHVO

Die Mehrerträge / Mehreinzahlungen der nachstehend aufgeführten Produkt-Sachkonten führen zur Erhöhung der Aufwendungs- bzw. Auszahlungsermächtigung der angegebenen Produkt-Sachkonten. Diese Mehraufwendungen oder Mehrauszahlungen gelten **n i c h t** als überplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen gemäß § 83 GO NRW. Darüber hinaus sind sie von der gegenseitigen Deckungsfähigkeit ausgenommen.

Bereich: Allgemeine Finanzen und Beteiligungen

Produkt 016.900.100: Allgemeine Finanzen

Mehrerträge / Mehreinzahlungen	Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen
4013000 / 6013000 Gewerbsteuer	5341000 / 7341000 Gewerbsteuerumlage 5342000 / 7342000 Gewerbsteuerumlage – Fonds deutsche Einheit und Länderfinanzausgleich
6927340 Einzahlung aus Krediten für Investitionen; Umschuldung (Auftrag: X 16089097) Umschuldung Kredite, Einzahlungen und Auszahlungen	7927340 Tilgung von Krediten für Investitionen; Umschuldung (Auftrag: X 16089097) Umschuldung Kredite, Einzahlungen und Auszahlungen

Produkt 015.910.100: Beteiligungen

Mehrerträge / Mehreinzahlungen	Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen
4141100 / 6141100 Zuwendung Land –ÖPNV-	5317100 / 7317100 Förderung –ÖPNV-
4141150 / 6141150 Zuwendung Land –ÖPNV- (Ausbildungsverkehr)	5317150 / 7317150 Förderung –ÖPNV- (Ausbildungsverkehr)
4651001 / 6651001 Dividenden 4651002 / 6651002 Gewinnanteile Sparkasse Detmold 4651003 / 6651003 Gewinnanteile DetCon GmbH	5441103 / 7441103 Kapitalertragsteuer

Fachbereich 2: Jugend, Schule, Soziales und Sport

Leistung 006.200.100.001: Kinder in Tageseinrichtungen

Mehrerträge / Mehreinzahlungen	Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen
4148001 / 6148001 Spenden	5431128 / 7431128 Sachausgaben aus Spenden
4291100 / 6291100 Zuweisung des Landes für die Weitergabe von Investitionszuschüssen	5391100 / 7391100 Investitionszuschüsse

Leistung 006.210.100.001: Förderung von Kinder- und Jugendarbeit und Jugendschutz

Mehrerträge / Mehreinzahlungen	Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen
4148001 / 6148001 Spenden	5431128 / 7431128 Sachausgaben aus Spenden

Leistung 006.210.100.002: Offene Kinder- und Jugendarbeit durch städt. Einrichtungen

Mehrerträge / Mehreinzahlungen	Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen
4148001 / 6148001 Spenden	5431128 / 7431128 Sachausgaben aus Spenden
4488260 / 6488260 Erstattung Bildungs- und Teilhabepaket	5431260 / 7431260 Veranstaltungen aus Bildungs- und Teilhabepaket

Leistung 006.220.100.001: Familiensozialarbeit

Mehrerträge / Mehreinzahlungen	Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen
4141013 / 6141013 Zuweisung von Gerichten, Erstattung von Strafgeldern	5331571 / 7331571 Projektbezogene Sachkosten - Jugendgerichtshilfe -
4148001 / 6148001 Spenden	5431128 / 7431128 Sachausgaben aus Spenden

Produkt 005.230.300: Hilfen in außergewöhnlichen Situationen (ASD)

Mehrerträge / Mehreinzahlungen	Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen
4147003 / 6147003 Spenden für Hilfsbedürftige von privaten Unternehmen	5331001 / 7331001 Zuschuss aus Spendenmitteln
4211000 / 6211000 Ersatz von sozialen Leistungen außerhalb von Einrichtungen	5331182 / 7331182 Zuschüsse für Kinderreiche Familien, Zuschüsse für Notsituationen

Produkt 005.250.200: Fachstelle für Menschen mit Behinderung im Beruf

Mehrerträge / Mehreinzahlungen	Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen
4142001 / 6142001 Zuweisung anteiliger Ausgleichsabgabe durch das Integrationsamt	5331515/ 7331515 Beihilfen nach SGB IX

Produkt 005.250.300: Seniorenarbeit und Förderung der Wohlfahrtspflege

Mehrerträge / Mehreinzahlungen	Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen
4488022 / 6488022 Einnahmen aus Veranstaltungen - Seniorenwoche	5291402 / 7291402 Seniorenwoche und Veranstaltungen

Produkt 002.250.400: Ausländerangelegenheiten

Mehrerträge / Mehreinzahlungen	Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen
4481007 / 6481007 Erstattung der Kosten für die Rückführung von Ausländern vom Land	5431116 / 7431116 Kosten für die Rückführung von Ausländern

Fachbereich 3: Bürgerservice, Ordnung, Feuerwehr und Rettungsdienst

Produkt 002.300.100: Melderegister und Personaldokumente

Mehrerträge / Mehreinzahlungen	Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen
4311006 / 6311006 Verwaltungsgebühren – Führerscheine -	5232004 / 7232004 Kreisanteil Führerscheine

Produkt 002.320.100: Bekämpfung von Bränden, Hilfeleistung bei Unglücksfällen

Mehrerträge / Mehreinzahlungen	Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen
4148001 / 6148001 Spenden	5431128 / 7431128 Sachausgaben aus Spenden

Produkt 002.320.200: Vorbeugender Brandschutz

Mehrerträge / Mehreinzahlungen	Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen
4321117 / 6321117 Gebühren freiwillige Feuerwehr	5421006 / 7421006 Kostenerstattung freiwillige Feuerwehr

Produktgruppe 002.330: Krankentransport und Rettungsdienst

Mehrerträge / Mehreinzahlungen	Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen
4321103 / 6321103 Gebühren Leitstelle	5232001 / 7232001 Weiterleitung Leitstellengebühr an den Kreis Lippe

Fachbereich 5: Tiefbau und Immobilienmanagement

Produkt 001.500.100: Haus- und Grundstückservice

Mehrerträge / Mehreinzahlungen	Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen
4487001 / 6487001 Erstattung durch Haftpflichtschaden - Ausgleich	5441301 / 7441301 Abgeltung von Haftpflichtschäden

Produkt 012.510.100: Planung und Bau von Straßen

Mehrerträge / Mehreinzahlungen	Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen
4141029 / 6141029 Zuweisung vom Land -Breitbandversorgung-	5391105 / 7391105 Investitionszuschuss -Breitbandversorgung-
6811303 Zuwendung Land -Fuß- und Radwege- (Auftrag: S 12085106) Fuß- und Radwegenetz	7852100 Auszahlungen für Tiefbaumaßnahmen Straßen etc. (Auftrag: S 12085106) Fuß- und Radwegenetz

Fachbereich 6: Stadtentwicklung

Leistung 009.600.100.001: Stadtplanerische Leistungen

Mehrerträge / Mehreinzahlungen	Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen
4488036 / 6488036 Kostenerstattung Planungskosten	5291411 / 7291411 Untersuchungen, Gutachten und Fachpläne für Bauleitpläne für Externe

Leistung 010.610.200.001: Bau- und Grundstücksservice

Mehrerträge / Mehreinzahlungen	Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen
4488009 / 6488009 Erstattung der Ersatzvornahmekosten	5291401 / 7291401 Ersatzvornahmen

Produkt 014.620.100: Umweltschutz

Mehrerträge / Mehreinzahlungen	Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen
4488009/ 6488009 Erstattung der Ersatzvornahmekosten	5291401 / 7291401 Ersatzvornahmen
4591005 / 6591005 Ausgleichszahlungen nach der Baumschutzsatzung	5221004 / 7221004 Pflanzung von Bäumen, Gehölzen und Klettergewächsen

Fachbereich 8: Kultur, Tourismus, Marketing und Bildungseinrichtungen

Produkt 004.800.100: Kultur

Mehrerträge / Mehreinzahlungen	Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen
4141015 / 6141015 Zuweisungen des Landes -Straßentheaterfestival-	
4141016 / 6141016 Zuweisungen des Landes für Kunst- und Kulturförderung	
4142015 / 6142015 Zuweisungen des Kreises -Straßentheaterfestival-	
4145001 / 6145001 Sponsorengelder von verbundenen Unternehmen	5499036 / 7499036 Straßentheaterfestival
4146002 / 6146002 Sponsorengelder von öffentlichen Sonderrechnungen	5431022 / 7431022 Sachaufwand Veranstaltungen Indoor
4147005 / 6147005 Sponsorengelder von privaten Unter- nehmen -Straßentheaterfestival-	5499035 / 7499035 Detmolder Sommer
4148004 / 6148004 Sponsorengelder und sonstige Beiträge	
4321215 / 6321215 Standgelder -Straßentheaterfestival-	
4591008 / 6591008 Entgelte aus Veranstaltungen Indoor	
4591012 / 6591012 Entgelte aus Veranstaltungen Outdoor	

Produkt 004.830.100: Adlerwarte

Mehrerträge / Mehreinzahlungen	Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen
4147004 / 6147004 Werbekostenzuschüsse	5431300 / 7431300 Drucksachen 5499044 / 7499044 Werbung
4148001 / 6148001 Spenden	5431128 / 7431128 Sachausgaben aus Spenden
4148008 / 6148008 Patenschaften	5431151 / 7431151 Aufwendungen / Auszahlungen aus Patenschaften
4421007 / 6421007 Einnahmen aus Verkauf - Kiosk-	5431130 / 7431130 Wareneinkauf - Kiosk -

Produkt 001.840.100: Städtepartnerschaften

Mehrerträge / Mehreinzahlungen	Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen
4140005 / 6140005 Zuwendungen Bund 4141000 / 6141000 Zuweisungen vom Land 4148002 / 6148002 Zuweisungen der Europäischen Kommission 4488015 / 6488015 Erstattungen Dritter	5431132 / 7431132 Städtepartnerschaften
4148001 / 6148001 Spenden	5431128 / 7431128 Sachausgaben aus Spenden

Produkt 004.860.100: Stadtbücherei

Mehrerträge / Mehreinzahlungen	Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen
4148001 / 6148001 Spenden	5431128 / 7431128 Sachausgaben aus Spenden

Leistung 004.870.100.001: Weiterbildungsveranstaltungen

Mehrerträge / Mehreinzahlungen	Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen
4146001 / 6146001 Spenden	5431128 / 7431128 Sachausgaben aus Spenden
4148001 / 6148001 Spenden	

Produkt 004.880.100: Musikschule

Mehrerträge / Mehreinzahlungen	Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen
4148001 / 6148001 Spenden	5431128 / 7431128 Sachausgaben aus Spenden

Produktplan Fachbereich 03
Bürgerservice, Ordnung, Feuerwehr und Rettungsdienst

Produktgruppe		Produkt	
300	Bürgerberatung	050	Telefon-Servicecenter
		100	Melderegister und Personaldokumente
		200	Hundesteuer, Sozialpässe, Fundsachen
		300	Wahlen und Statistik
		400	Rentenversicherungsangelegenheiten
		500	Gewerbe
		600	Märkte
310	Ordnungsangelegenheiten	100	Allgemeine öffentliche Sicherheit und Ordnung
		200	Parkraumbewirtschaftung und Überwachung
320	Feuerwehr	100	Bekämpfung von Bränden, Hilfeleistung bei Unglücksfällen
		200	Vorbeugender Brandschutz
330	Krankentransport und Rettungsdienst	100	Transport von Kranken
		200	Transport von Notfallpatienten / Herstellung der Transportfähigkeit
340	Standesamtsangelegenheiten	100	Personenstandswesen
		200	Einbürgerungen

Planungsreport 2014

Fachbereich 03 Bürgerservice, Ordnung, Feuerwehr und Rettungsdienst

I. Ausgangslage

Der Fachbereich Bürgerservice, Ordnung, Feuerwehr und Rettungsdienst gliedert sich in die Produktgruppen

1. Bürgerberatung	Produktgruppe 300
2. Ordnungsangelegenheiten	Produktgruppe 310
3. Feuerwehr	Produktgruppe 320
4. Krankentransport und Rettungsdienst	Produktgruppe 330
5. Standesamtsangelegenheiten	Produktgruppe 340

und hat 15 Produkte.

Derzeit sind 119 (Teams 3.1 bis 3.3: 53, Team 3.4: 66) Mitarbeiter/innen im Fachbereich beschäftigt. Davon sind 28 (Teams 3.1 bis 3.3: 25, Team 3.4: 3) Mitarbeiter/innen in Teilzeit beschäftigt. Die Schwerbehindertenquote wird durch die z. Zt. 7 (Teams 3.1 bis 3.3: 5, Team 3.4: 2) schwerbehinderten Mitarbeiter/innen bei 5,9 % liegen. Darüber hinaus wirken über 300 ehrenamtliche Feuerwehrkräfte in der Produktgruppe Feuerwehr mit.

Die Personalentwicklung und -kosten werden in den einzelnen Produkten erläutert.

Für den Bereich Feuerschutz hält die Stadt Detmold neben der Feuer- und Rettungswache Detmold sieben weitere Feuerwehrgerätehäuser mit entsprechender Feuerwehrinfrastruktur zur Sicherung bzw. Erfüllung der Feuerschutzaufgaben auch in den Ortsteilen vor.

Der Brandschutzbedarfsplan aus dem Jahr 2001/2002 ist nach den festgestellten Erfordernissen und Zielsetzungen zuletzt mit Ratsbeschluss vom 20.09.2007 fortgeschrieben worden. Die aktuelle Überarbeitung des Brandschutzbedarfsplans ist vom Rat am 18.12.2013 beschlossen worden. Die möglichen Auswirkungen sind im Haushalt 2014 und diesem Planungsreport dargestellt.

Die Stadt Detmold ist für ihr Gebiet selbst Träger einer Rettungswache und gleichzeitig Träger rettungsdienstlicher Aufgaben. Der Kreis als Träger des Rettungsdienstes organisiert den Rettungsdienst und Krankentransport im übrigen Kreisgebiet. Maßgebend hierfür ist der vom Kreis Lippe aufzustellende Ret-

tungsbedarfsplan. Der Kreis Lippe hat die erforderliche Aktualisierung des Rettungsbedarfsplanes durch den Kreistag mit Wirkung vom 01.01.2011 beschlossen.

Im Jahr 2015 erfolgt durch den Kreis Lippe eine planmäßige Überarbeitung des Rettungsbedarfsplans. Aufgrund der Verringerung der Fallzahlen im Bereich des Krankentransports und der Erhöhung der Fallzahlen im Bereich der Notfallrettung kann es zu Veränderungen der entsprechenden Rettungsmittel im neuen Rettungsbedarfsplan kommen. Da diese aber erst nach Beschluss des Kreistages im Laufe des Jahres 2015 bekannt werden, wurde der Haushalt 2014 nach den bisherigen Rahmenbedingungen aufgestellt.

II. Teilergebnisplan

Die Daten des Teilergebnisplanes sehen wie folgt aus:

Ordentliche Erträge		
2014:	5.191.301 Euro	2013: 4.940.747 Euro
Ordentliche Aufwendungen		
2014:	8.819.692 Euro	2013: 8.231.087 Euro
Ordentliches Ergebnis		
2014:	- 3.628.391 Euro	2013: - 3.290.340 Euro
Erträge aus internen Leistungsbeziehungen		
2014:	305.714 Euro	2012: 308.177 Euro
Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen		
2014:	1.896.115 Euro	2013: 1.742.055 Euro
Ergebnis		
2014:	- 5.218.792 Euro	2013: - 4.724.218 Euro

Erträge und Aufwendungen werden nur noch zur Erhöhung und Minderung des Eigenkapitals dargestellt. So gibt es z. B. im Gegensatz zur alten Kameralistik seit 2008 Auflösungen von Rückstellungen und Sonderposten auf der Ertragsseite und Zuführungen zu Rückstellungen für Pensionen und Beihilfen für aktive Beamte auf der Aufwandsseite. Kalkulatorische Kosten werden nicht mehr dargestellt.

II / 1 Produktgruppe 300 – Bürgerberatung

Die Produktgruppe besteht aus sieben Produkten. Das Telefon Servicecenter und die Bürgerberatung sind u. a. die ersten Anlaufstellen für die Bürgerinnen

und Bürger der Stadt. Das Telefon Servicecenter hat pro Monat im Durchschnitt über 5.000 Anrufe. Die Bürgerberatung wird pro Tag von bis zu 600 Personen aufgesucht. Beide Bereiche sind damit ein Aushängeschild der Verwaltung.

Der kostenpflichtige Leistungsumfang in der Produktgruppe ist nachfrageabhängig und bei den Sondernutzungen auch witterungsabhängig und damit nur schwer planbar. Das Meldewesen, die Ausstellung von Personaldokumenten, Gewerbemeldungen, Erlaubnisse nach dem Gaststättengesetz, Auskünfte aus dem Gewereregister und Sondernutzungen beinhalten mit die stärksten Leistungsumfänge. Diese Produkte sind nachfrageabhängig. Damit sind zugleich die saisonalen Schwankungen erklärbar.

Die Erträge der Produktgruppe werden vor allem durch die Verwaltungsgebühren für die Ausstellung von Personaldokumenten erzielt. Die Darstellung der Erträge durch die Hundesteuer erfolgt im Fachbereich 1 im Produkt Zentrale Finanzen.

In 2013 ist eine Organisationsuntersuchung mit Hilfe der Stadt Lemgo durchgeführt worden. Es sollte hierbei festgestellt werden, wie sich die Aufgaben verändert haben und ob die Stellenbemessung noch mit den Aufgaben übereinstimmt. Das Ergebnis ist für Ende 2013 erwartet worden. Die Umsetzung dieser Organisationsuntersuchung erfolgt in 2014.

In der Statistikstelle ist nach dem Weggang der Stelleninhaberin die Stelle verändert worden. Die Aufgaben der Statistikstelle sind unterteilt in einen allgemeinen Bereich und einen Bereich, der aufgrund der Sensibilität der erhobenen Daten einer besonderen Abschottung bedarf. Die verbliebenen allgemeinen Aufgaben werden fachgebietsintern übernommen. Die Aufgaben einer abgeschotteten Statistikstelle werden für die Stadt im Rahmen einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung durch den Kreis Lippe wahrgenommen.

II / 2 Produktgruppe 310 – Ordnungsangelegenheiten

Der Leistungsumfang ist abhängig vom Ordnungsverhalten der Bürger/innen und von der Nachfrage nach Parkflächen.

Im Ordnungsbereich ist im vergangenen Jahr eine zentrale Anlaufstelle für Outdoor-Veranstaltungen eingerichtet worden, die einen erheblichen zeitlichen Aufwand erforderlich machen. In Zusammenarbeit mit den beteiligten eigenen

Fachbereichen und Behörden (wie z. B. Polizei und Kreis Lippe), werden hier Veranstaltungen abgesprochen, geprüft und koordiniert. Vor Ort sind Überprüfungen notwendig. Die Zahl der zu überprüfenden Veranstaltungen ist in letzter Zeit gestiegen.

Erträge werden vor allem aus den Parkvorgängen an Straßen und Plätzen und aus dem Bereich der Verkehrsüberwachung erzielt. Durch die Ausweitung der bewirtschafteten Parkflächen wird hier Potenzial gegenüber dem Rechnungsergebnis 2012 für die Erhöhung von Erträgen gesehen. Aufgrund eines politischen Beschlusses aus dem Jahr 2012 ist in 2013 eine weitere Vollzeitstelle Verkehrsüberwachung einzurichten gewesen. Dieser Auftrag ist durch Stundenaufstockung und Ausschreibung einer halben Stelle umgesetzt worden.

Der Bußgeldkatalog ist geändert worden. Es bleibt abzuwarten, ob durch die Anhebung des Bußgeldrahmens Mehreinnahmen in diesem Bereich zu erreichen sind oder ob dadurch sich die Einnahmen aus der Parkraumbewirtschaftung erhöhen.

Bei der Überwachung des fließenden Verkehrs wurde durch eine rechtliche Änderung die Möglichkeit eröffnet, die Überwachung der Einhaltung der zulässigen Höchstgeschwindigkeit an zusätzlichen Messpunkten durchzuführen. Zusätzlich zu den bisherigen Messpunkten an Unfallhäufungsstellen können nun an weiteren Gefahrenstellen, z. B. an solchen Streckenabschnitten, auf denen eine erhöhte Unfallgefahr angenommen werden muss, insbesondere an oder in unmittelbarer Nähe von Orten und Strecken, die vermehrt von schwachen Verkehrsteilnehmern wie Fußgängern und Fahrradfahrern sowie besonders schutzwürdigen Personen wie Kindern, Hilfsbedürftigen und älteren Menschen frequentiert werden, Messstellen eingerichtet werden. Falls noch in 2013 eine grundsätzliche politische Entscheidung erfolgt, ein Konzept mitsamt Kostenaufstellung für die kommunale Geschwindigkeitsüberwachung in Detmold anzufertigen, könnte das Ergebnis dieser Überprüfung bereits in 2014 der Politik vorgestellt werden. Durch die Änderungsliste für den Haushalt 2014 könnte die Kostenaufstellung im Haushalt 2014 finanzneutral (Einnahmen und Ausgaben sind in gleicher Höhe) dargestellt werden. Im Vollzug 2014 würde das Konzept dann umgesetzt werden.

Durch die Möglichkeit des „Handyparkens“ mit dem Parkfoxx-System wird den Bürgern seit 2009 ein innovativer Service geboten. 538 Bürgerinnen und Bürger waren Mitte 2013 angemeldet. Zum gleichen Zeitpunkt waren es in 2012 497, in 2011 380 und in 2010 280.

Schwerpunkt der Ausgaben liegt z. B. bei der Beseitigung von Störungen der öffentlichen Sicherheit oder Ordnung. Hierbei sind vor allem die Ausgaben für die Abwicklung von Sterbefällen, bei denen sich zunächst keine Angehörigen um die Bestattung kümmern, beträchtlich. Es ist nicht möglich, bei allen Sterbefällen Angehörige zu ermitteln, denen nachträglich die Bestattungskosten in Rechnung gestellt werden können.

Nach den Erfahrungen mit dem NRW-Tag 2012 ist es möglich, Pläne für einen Krisen- und Katastrophenfall zu erstellen. Ein Krisenmanagement ist daher entwickelt worden. Die Umsetzung eines detaillierten Planes für einen Krisenstab und Stab für außergewöhnliche Ereignisse der Stadtverwaltung ist für 2014 vorgesehen.

Der verstärkte Einsatz von Personal zur Verkehrsüberwachung wird auch in 2014 zu einem höheren Aufwand führen. Ein Konzept zur Weiterentwicklung dieses Aufgabenbereiches wird entwickelt und zeitnah vorgestellt.

II / 3 Produktgruppe 320 - Feuerwehr

Die Detmolder Feuerwehr wird im Jahre 2014 voraussichtlich zu insgesamt ca. 470 Einsätzen sowohl im Bereich Brandschutz (200) als auch zur technischen Hilfeleistung (270) gerufen werden.

Um auf Schadens- bzw. Großschadensereignisse vorbereitet zu sein, haben die Städte gem. § 22 des Feuerschutzhilfegesetzes (FSHG NW) vom 10.02.1998 unter der Beteiligung der Feuerwehr Brandschutzbedarfspläne aufzustellen und fortzuschreiben.

Der aktuelle Brandschutzbedarfsplan vom 18.12.2013 zeigt auf, welche Leistungen heute mit welchen Mitteln erzielt und welcher Leistungsumfang unter Berücksichtigung der individuellen Gefahrensituationen in Detmold unabdingbar sichergestellt werden muss.

Des Weiteren wird deutlich gemacht, welche Mindestvoraussetzungen vorhanden sein müssen, damit straf- und haftungsrechtliche Konsequenzen für die Verantwortlichen auf jeden Fall ausgeschlossen werden.

Der Brandschutzbedarfsplan und die hieraus abgeleiteten Maßnahmen stellen ein Planungsergebnis dar, was zum einen Schutzziele mit einem bestmöglichen Sicherheitsniveau festlegt und damit das Risikopotential für die Detmolder Bevölkerung minimiert und zum anderen eine effiziente Entwicklung im Feuerwehrbereich ermöglicht.

Inhaltlich ist die Neustrukturierung der Feuerwehr und die Überprüfung von Standorten für Löschgruppen /-züge und Gerätehäuser als Schwerpunkt von besonderer Bedeutung.

Aus einsatztaktischer und feuerwehrtechnischer Sicht ist konkret geplant, für die Löschgruppe Pivitsheide ein neues Feuerwehrgerätehaus zu bauen. In Abstimmung mit den Fachbereichen 5 und 6 sollen die notwendigen planerischen Voraussetzungen sowie der Standort erklärt werden. Die endgültige Planung und Umsetzung ist für die Jahre 2014 / 2015 vorgesehen.

Im aktuellen Brandschutzbedarfsplan wird mit hauptamtlichen Kräften die Staffel (6 Kräfte) im 24 Stunden Dienst sichergestellt. Die Aufstockung zur Gruppe (insgesamt 9 Kräfte) erfolgt durch die ehrenamtlichen Kräfte. Aufgrund der allgemeinen Rahmenbedingungen, wie die Verkehrs- und Beschäftigungssituation, kann das Schutzziel 1, Eintreffen der Gruppe innerhalb von 8 Minuten nach Alarmierung, während der allgemeinen Arbeitszeiten nicht mehr erreicht werden.

In der Neufassung des Brandschutzbedarfsplan 2013 ist daher die Aufstockung des hauptamtlichen Personals im Tagesdienst von 7.00 Uhr bis 17.00 Uhr jeweils von Montag bis Freitag beschlossen worden. Am Wochenende und an Feiertagen erfolgt wie bisher die Aufstockung mit ehrenamtlichen Kräften.

Für den Ausbau der 3 Funktionen im Tagesdienst sind insgesamt 5 Feuerwehkräfte zusätzlich erforderlich. Das entspricht einem zusätzlichen jährlichem Volumen von rd. 250.000 €. Im Budget 2014 sind zunächst rd. 125.000 € zusätzlich hierfür eingeplant, da zusätzliches Personal einzustellen wäre und eine Aufstockung „Zug um Zug“ im Laufe des Jahres 2014 erfolgen könnte.

Bei Umsetzung dieser Maßnahme handelt es sich um eine Minimallösung. Das Land NRW fordert in der Regel die hauptamtliche Gruppenwache mit 9 Funktionen im Schichtdienst. In diesem Fall müssten die drei Funktionen mit insgesamt 15 Personen, mithin 10 mehr als jetzt vorgeschlagen, besetzt werden.

Im Personalaufwand für das Jahr 2013 sind einmalig 366.000 € für die einmalige finanzielle Abgeltung des Freizeitausgleichs für Feuerwehrbeamtinnen und –beamten eingeplant und im Mai 2013 ausgezahlt worden. Das Bundesverwaltungsgericht hat auf Grundlage der europäischen Arbeitszeitrichtlinie, nach der es grundsätzlich nicht zulässig ist, die wöchentliche Arbeitszeit von 48 Stunden zu überschreiten, am 26.07.1012 entsprechend entschieden.

Brandschutzdienststelle

Aufgrund einer Verfügung der Bezirksregierung Detmold vom 26. Mai 2004 nimmt die Feuerwehr der Stadt Detmold die Aufgaben der Brandschutzdienststelle nach FSHG (Pflichtaufgabe) wahr.

Der Fachbereich 6 (Bauaufsichtsbehörde) hat den Fachbereich 3 Feuerwehr (Brandschutzdienststelle) im Baugenehmigungsverfahren zu beteiligen. Dieses bedeutet in der Praxis eine enge Zusammenarbeit mit der Bauaufsicht.

Die Brandschutzdienststelle hat ihr Augenmerk nicht nur auf Maßnahmen des vorbeugenden Brandschutzes zu richten, sondern insbesondere darauf zu achten, dass im Brandfall die Feuerwehr als abwehrender Brandschutz in die Lage versetzt wird, den gesetzlichen Auftrag aus § 1 Abs. 1 FSHG in Verbindung mit § 17 Abs. 1 BauONW erfüllen zu können. Die Maßnahmen des vorbeugenden baulichen Brandschutzes und die Möglichkeiten der Feuerwehr sind deshalb nicht isoliert voneinander zu sehen, sondern im Rahmen einer integrierten Brandschutzkonzeption zusammenzuführen.

Mit Wirkung vom 01.01.2011 wurde die Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Durchführung der Brandschau in der Stadt Detmold (Brandschau-Gebührensatzung) vom 16.12.2010 durch den Rat beschlossen.

Folgende Punkte sind beispielhaft aufgeführt, die in den Stellungnahmen und Brandschutzkonzepten zu beachten sind:

Löschwasserversorgung, Löschwasserrückhaltung, Aufstell- und Bewegungsflächen, Rettungswege, Bildung von Brandabschnitten.

Die Brandschutzdienststelle ist außerdem zu beteiligen, wenn die zu beachtenden Brandschutzbestimmungen der Landesbauordnung, der dazu erlassenen Verordnungen, technischen Baubestimmungen und Verwaltungsvorschriften eine Ausübung des Ermessens erfordern.

Im Jahr 2014 werden ca. 195 Stellungnahmen im Rahmen der Umnutzung im Baugenehmigungsverfahren bearbeitet.

Die Feuerwehr hat unter Federführung der ehrenamtlichen Kameraden in 2002 das Projekt Brandschutzerziehung/Brandschutzaufklärung in Kindergärten und Kindertagesstätten ins Leben gerufen. Die Beteiligung und Resonanz ist hervorragend und wird fortgesetzt.

II / 4 Produktgruppe 330 - Krankentransport und Rettungsdienst

Der Einsatzbereich im Krankentransport und Rettungsdienst des Fb 3 erstreckt sich grundsätzlich seit dem 01.01.2004 nur noch auf das Stadtgebiet Detmold. Ausgenommen hiervon ist der reine Krankentransport, der kreisweit durchgeführt wird. In Ausnahmefällen wird nach Anforderung durch die Leitstelle Lippe auch der Rettungsdienst außerhalb von Detmold eingesetzt.

Der Standort ist rund um die Uhr mit hauptamtlichen Kräften besetzt.

Die Stadt Detmold wird als Träger einer Rettungswache sowie Träger rettungsdienstlicher Aufgaben im Rettungsdienst weiterhin multifunktional ausgebildetes Personal (Feuerwehr und Rettungsdienst in Personalunion) einsetzen.

Dieses hat für Bürgerinnen und Bürger den Vorteil qualitativ besserer Versorgung und ermöglicht im Dienstbetrieb des Fachbereiches 3 erhebliche Variationsmöglichkeiten bezüglich der Arbeitsauslastung für die Mitarbeiter/innen (regelmäßiger Tausch der Funktionen im Feuerschutz und Rettungsdienst).

Die von der Rettungswache Detmold durchgeführten Einsätze werden voraussichtlich im Jahr 2014 insgesamt 7.900 betragen. Hiervon werden voraussichtlich 3.200 Einsätze im Krankentransport und 4.700 Einsätze im Bereich der Notfallmedizin gefahren.

Nach dem derzeitigen Rettungsbedarfsplan (zum 01.01.2011 in Kraft getreten) stehen der Rettungswache Detmold zwei Rettungstransportwagen (jeweils im 24-Stunden-Dienst) und zwei Krankentransportwagen (jeweils montags bis freitags im Tagesdienst) zur Verfügung.

Das Notfallsystem des Kreises Lippe (ohne Fahrzeug LNA) ist seit dem 01.07.2004 im FAZ Lemgo stationiert.

II / 5 Produktgruppe 340 – Standesamtsangelegenheiten

Die Anmeldung und Durchführung von Eheschließungen, die Beurkundung von Geburten und Sterbefällen sowie die Durchführung von Einbürgerungen sind die hauptsächlichen Leistungsumfänge.

Von den rd. 370 Eheschließungen pro Jahr sind es rd. 45 Bürgerinnen und Bürger, die nicht aus Detmold kommen. Pro Jahr heiraten nur rd. 30 Paare außerhalb von Detmold.

Das Angebot für die Durchführung der Eheschließungen ist damit gut. Seit 2006 werden zusätzlich noch Ambientetrauungen angeboten. Die Anzahl der durchgeführten Ambientetrauungen soll in 2014 weiter erhöht werden, um so das Dienstleistungsangebot noch mehr zu steigern. Gleichzeitig könnte dieses Angebot dazu führen, dass auch mehr Paare von außerhalb in Detmold getraut werden und damit die Erträge ein wenig gesteigert werden können.

In den letzten drei Jahren ist die Anzahl der Geburten pro Jahr höher gewesen als die Sterbefälle. Auch für 2014 wird erwartet, dass die Geburten über den Sterbefällen liegen werden, da die Kinder- und Geburtsklinik in Lemgo geschlossen und das Klinikangebot nach Detmold verlegt wurde. Die Anzahl der auszustellenden Personenstandsunterlagen wird sich kaum gegenüber den Vorjahren ändern.

Erträge und Sachaufwand sind nachfrageabhängig und daher nicht genau planbar.

III. Investitionstätigkeit

Summe der investiven Einzahlungen	139.100 Euro
Summe der investiven Auszahlungen	1.788.360 Euro
Saldo der Investitionstätigkeit	- 1.649.260 Euro

Im investiven Bereich sind Investitionen in Höhe von 1.788.360 Euro eingeplant.

Die Stadt erhält in 2014 vom Land NW zur Förderung des Feuerschutzes eine fachbezogene Pauschale als Investitionspauschale in Höhe von rd. 138.600 Euro. Aus der Veräußerung von Sachanlagen werden Erträge in Höhe von 500 € erwartet.

Übersicht über die Investitionen:

Bürgerberatung

Zahlungen für den Erwerb von Vermögensgegenständen (Ersatzbeschaffung Büromöbel)	3.000 Euro
--	------------

In der Produktgruppe Bürgerberatung ist die Ersatzbeschaffung von Büromöbeln vorgesehen. Nach 15 Jahren Einsatz in der Bürgerberatung wird es notwendig einige Büromöbel u. a. auch Stühle zu ersetzen.

Ordnungsangelegenheiten

Ersatzbeschaffung Festwert Dienst- und Schutz- bekleidung Verkehrsüberwachungskräfte	1.360 Euro
Beschaffung von Geräten	200 Euro

In der Produktgruppe Ordnungsangelegenheiten ist neben der Dienstbekleidung auch die Ersatzbeschaffung von Kleingeräten für die Verkehrsüberwachungskräfte vorgesehen.

Feuerschutz 1.483.500 Euro

Ersatzbeschaffung Festwert von Bekleidung und Ausrüstung für die Übernahme aus der Jugend- feuerwehr in die aktive Wehr	15.000 Euro
Ersatzbeschaffung Festwert von Bekleidung und Ausrüstung	40.000 Euro
Beschaffung von Geräten	106.000 Euro
Beschaffung von Büromöbeln	2.500 Euro
Beschaffung von Fahrzeugen	1.320.000 Euro und 320.000 Euro VE in 2014 für 2015

Rettungsdienst 300.300 Euro

Ersatzbeschaffung Festwert Bekleidung Kranken- transport und Rettungsdienst	8.300 Euro
Beschaffung von Geräten (u.a. 7 mobile Datenerfassungsgeräte für Fahrzeuge)	31.000 Euro
Beschaffung von Fahrzeugen (1 KTW und 1 RTW)	261.000 Euro

Auf Grundlage des aktuellen Brandschutzbedarfsplanes ist u. a. auch ein Konzept zur Veränderung der Fahrzeugstruktur der Feuerwehr erarbeitet worden. Danach ist grundsätzlich vorgesehen, zu einer Vereinheitlichung der Löschgruppenfahrzeuge (LF 20/16) zu gelangen.

Die Gesamtsumme von 1.320.000 € für die Beschaffung von Fahrzeugen, teilt sich auf in 560.000 € Anzahlung für eine Drehleiter DLK 23/12, 120.000 € für einen gebrauchten Wechsellader WLF 26t, 300.000 € für ein HLF 20/16 hauptamtlich aus 2013, 290.000 € für ein LF 20/16 Hiddesen aus 2013 und einen ELW für 50.000 € aus 2013.

Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von 320.000 € sind für 2015 eingestellt worden. Für die Beschaffung der Drehleiter sind davon 190.000 € zur Auszahlung in 2015 veranschlagt.

Die Drehleiter (Baujahr 1991) ist nunmehr über 20 Jahre alt und hat altersbedingte Verschleißanzeichen. Der Wartungsaufwand wird für einen permanenten Einsatz unwirtschaftlicher. In der Finanzplanung ist die Ersatzbeschaffung für die Haushaltsjahre 2014 (1. Teilzahlung) und 2015 (Restzahlung) vorgesehen.

IV. Ausblick

Zur Sicherstellung der jederzeitigen Einsatzbereitschaft und unter Berücksichtigung der für den Einsatzfall notwendigen Ausrückstärken, Feuerwehrdienstvorschriften, Rettungsdienstvorschriften sowie der adäquaten Unfallverhütungsvorschriften bedarf es festgelegter Mindestressourcen sächlicher insbesondere auch personeller Art. Bereits in den vergangenen Jahren war der Fb 3 bemüht, innovative Lösungen zur Stabilisierung des hohen Personalkostenanteils zu suchen. In diesem Zusammenhang hat sich die Übernahme der verschiedenen Aufgaben durch multifunktionales Personal (alle Mitarbeiterinnen / Mitarbeiter wirken in allen Produktgruppen mit) grundsätzlich bewährt.

Wie im aktuellen Brandschutzbedarfsplan festgelegt, muss für die Sicherstellung des Feuerschutzes im hauptamtlichen Bereich mindestens eine Staffelfstärke (1/5) vorgehalten werden. Die vom Landesfeuerwehrverband NW geforderte Gruppenstärke (1/8 bzw. 1/9) wird durch den zeitlichen parallelen Einsatz ehrenamtlicher Kräfte der Freiwilligen Feuerwehr Detmold am Wochenende, an Feiertagen und wochentags in der Zeit von 17.00 Uhr bis 7.00 Uhr kompensiert. Von Montag bis Freitag in der Zeit von 7.00 Uhr bis 17.00 Uhr werden künftig hauptamtliche Kräfte diese Aufgabe nach Brandschutzbedarfsplan übernehmen.

Nachfolgende Aufgaben- und Problemstellungen sind vorrangig zu behandeln:

1. Umsetzung des Brandschutzbedarfsplan 2013
2. Umsetzung Rettungsbedarfsplan
3. Personalentwicklung multifunktional und spezifisch im Team 3.4
4. Umsetzung der Organisationsuntersuchung Bürgerberatung
5. Ordnungsgemäße Durchführung der Kommunal- und Europawahl und ggf. Bürgermeisterwahl
6. Weiterführung der Ordnungspartnerschaft mit der Polizei

7. Umsetzung eines Krisenmanagements mit detaillierten Plan für einen Krisenstab und Stab für außergewöhnliche Ereignisse der Stadtverwaltung
8. Umsetzung des Konzeptes zur Erweiterung des Aufgabenbereiches der Verkehrsüberwachungskräfte
9. Falls politisch gewünscht; Prüfung und Vorlage eines Konzeptes und einer Kostenaufstellung für die Einführung einer kommunalen Geschwindigkeitsüberwachung in Detmold
10. Erhöhung der Ambientetrauungen im Standesamt

Grundsätzlich wird sich der Fachbereich Bürgerservice, Ordnung, Feuerwehr und Rettungsdienst nach wie vor in Zeiten knapper Ressourcen daran orientieren müssen, was zur Erfüllung der gesetzlichen Aufgabenstellungen nötig ist. Es gilt, die Qualität der Leistungen zu bewahren und weiterhin kontinuierlich gute Ergebnisse zu erzielen.

Ziele

1. Die Stadt bietet bürgernahe, serviceorientierte Dienstleistungen an zentraler Stelle für die Bürger/innen an.
2. Der Fachbereich stellt die Sicherheit und Ordnung auf allen öffentlichen Straßen und Plätzen sicher und verhindert die Bildung bzw. das Fortbestehen von Angsträumen.
3. Die Detmolder Bevölkerung hat einen angemessenen Brand- und Rettungsschutz.
4. Die Stadt führt ordnungsgemäße und kundenorientierte Standesamtsangelegenheiten durch und wirkt bei der Migration/Integration mit.

Teilergebnisplan Ertrags- und Aufwandsarten in €	vorl. Ergebnis 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017
+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	83.600,73	118.300	105.442	104.762	104.862	106.402
+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	3.945.265,77	4.083.137	4.277.709	4.308.699	4.338.414	4.344.448
+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	25.794,72	24.100	24.300	24.300	24.300	24.300
+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	222.173,93	262.000	239.400	302.900	202.900	301.100
+ Sonstige ordentliche Erträge	420.406,56	453.210	544.450	544.450	544.450	544.450
= Ordentliche Erträge	4.697.241,71	4.940.747	5.191.301	5.285.111	5.214.926	5.320.700
- Personalaufwendungen	5.710.549,30	5.983.571	6.420.626	6.450.242	6.505.558	6.570.077
- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	1.086.738,72	1.113.318	1.172.080	1.140.080	1.141.080	1.148.080
- Bilanzielle Abschreibungen	325.708,57	309.488	360.006	390.518	414.921	422.241
- Transferaufwendungen	11.079,75	11.340	11.140	11.140	11.140	11.140
- Sonstige ordentliche Aufwendungen	774.743,03	813.370	855.840	810.270	724.230	822.120
= Ordentliche Aufwendungen	7.908.819,37	8.231.087	8.819.692	8.802.250	8.796.929	8.973.658
= Ordentliches Ergebnis	-3.211.577,66	-3.290.340	-3.628.391	-3.517.139	-3.582.003	-3.652.958
+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	230.235,75	308.177	305.714	311.135	316.664	322.303
- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	1.588.222,48	1.742.055	1.896.115	1.895.019	1.856.886	1.890.550
= Saldo aus internen Leistungsbeziehungen	-1.357.986,73	-1.433.878	-1.590.401	-1.583.884	-1.540.222	-1.568.247
= Ergebnis	-4.569.564,39	-4.724.218	-5.218.792	-5.101.023	-5.122.225	-5.221.205

Teilfinanzplan Ein- und Auszahlungsarten in €	vorl. Ergebnis 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014	VE 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017
+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	2.979,73	0	0	0	0	0	0
+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	3.848.657,27	4.080.013	4.276.721	0	4.307.007	4.337.188	4.342.296
+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	25.283,42	24.160	24.350	0	24.350	24.350	24.350
+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	259.182,57	262.000	239.400	0	302.900	202.900	301.100
+ Sonstige Einzahlungen	410.950,63	453.150	544.400	0	544.400	544.400	544.400
= Einzahlung aus lfd. Verwaltungstätigkeit	4.547.053,62	4.819.323	5.084.871	0	5.178.657	5.108.838	5.212.146
- Personalauszahlungen	4.692.057,17	5.230.799	5.157.724	0	5.208.772	5.260.324	5.312.380
- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	1.080.328,22	1.110.318	1.165.880	0	1.130.880	1.134.880	1.138.880
- Transferauszahlungen	11.079,75	11.340	11.140	0	11.140	11.140	11.140
- Sonstige Auszahlungen	732.225,59	757.570	797.180	0	747.970	669.570	764.820
= Auszahlung aus lfd. Verwaltungstätigkeit	6.515.690,73	7.110.027	7.131.924	0	7.098.762	7.075.914	7.227.220
= Saldo der lfd. Verwaltungstätigkeit	-1.968.637,11	-2.290.704	-2.047.053	0	-1.920.105	-1.967.076	-2.015.074
+ Einzahl. aus Zuwendungen für Investitionsmaßn.	138.377,15	138.600	138.600	0	138.600	138.600	138.600

Teilfinanzplan Ein- und Auszahlungsarten in €	vorl. Ergebnis 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014	VE 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017
+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanl.	416,50	500	500	0	500	500	500
= Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	138.793,65	139.100	139.100	0	139.100	139.100	139.100
- Auszahl. für den Erwerb bewegl. Anlageverm. (Kassenwirksamkeit)	334.691,96	893.000	1.788.360	660.000	827.500 (320.000)	684.860 (200.000)	553.500 (140.000)
= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	334.691,96	893.000	1.788.360	660.000	827.500	684.860	553.500
= Saldo aus Investitionstätigkeit	-195.898,31	-753.900	-1.649.260	-660.000	-688.400	-545.760	-414.400
= Saldo des Teilfinanzplanes nach Investtätigkeit	-2.164.535,42	-3.044.604	-3.696.313	-660.000	-2.608.505	-2.512.836	-2.429.474
= Saldo des Teilfinanzplanes nach Finanztätigkeit	-2.164.535,42	-3.044.604	-3.696.313	-660.000	-2.608.505	-2.512.836	-2.429.474

Kurzbeschreibung

Beantwortung von telefonischen Anfragen von Bürgern/innen

Ziele

Verbesserung der telefonischen Erreichbarkeit der Stadtverwaltung

Auftragsgrundlage

Service für die Bürgerinnen / Bürger und die Unternehmen der Stadt Detmold

Zielgruppe

Alle Einwohner/ innen im Gebiet der Stadt Detmold, Unternehmen und externe Dienststellen

Politisches Gremium

Ausschuss für Bürgerservice, Ordnung, Feuerwehr und Rettungsdienst

Stellen	Einheit	Ist 2012	Plan 2013	Plan 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017
Stellen	Anz.	5	5	5	-	-	-

Leistungen	Einheit	Ist 2012	Plan 2013	Plan 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017
Anzahl erhaltener Anrufe	Anz.	-	71.000	71.000	-	-	-
Anzahl der Anrufe außerhalb der Servicezeiten	Anz.	-	350	350	-	-	-
Anzahl Beschwerden und Lob	Anz.	0	-	-	-	-	-

Kennzahlen	Einheit	Ist 2012	Plan 2013	Plan 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017
Anteil des Personalaufwandes am Gesamtaufwand	%	85,73	87,78	82,88	83,02	83,16	83,29
Durchschnittlicher Betriebsaufwand je erhaltenem Anruf	€	-	3,85	4,26	-	-	-
Verhältnis Anzahl Anrufe außerhalb der Servicezeiten zu Anzahl erhaltener Anrufe	%	-	0,49	0,49	-	-	-

Teilergebnisplan Ertrags- und Aufwandsarten in €	vorl. Ergebnis 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017
+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	679,73	0	123	123	123	123
= Ordentliche Erträge	679,73	0	123	123	123	123
- Personalaufwendungen	189.603,86	240.085	250.706	253.212	255.745	258.302
- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	1.613,74	0	0	0	0	0
- Bilanzielle Abschreibungen	1.336,00	0	462	462	462	462
- Sonstige ordentliche Aufwendungen	934,39	840	615	615	615	615
= Ordentliche Aufwendungen	193.487,99	240.925	251.783	254.289	256.822	259.379
= Ordentliches Ergebnis	-192.808,26	-240.925	-251.660	-254.166	-256.699	-259.256
+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	200.826,00	273.506	271.038	276.459	281.988	287.627
- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	29.288,15	32.581	52.054	52.054	52.054	52.054
= Saldo aus internen Leistungsbeziehungen	171.537,85	240.925	218.984	224.405	229.934	235.573
= Ergebnis	-21.270,41	0	-32.676	-29.761	-26.765	-23.683

Teilfinanzplan Ein- und Auszahlungsarten in €	vorl. Ergebnis 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014	VE 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017
+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	679,73	0	0	0	0	0	0
= Einzahlung aus lfd. Verwaltungstätigkeit	679,73	0	0	0	0	0	0
- Personalauszahlungen	184.899,82	232.861	243.380	0	245.813	248.272	250.754
- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	1.605,00	0	0	0	0	0	0
- Sonstige Auszahlungen	941,94	840	615	0	615	615	615
= Auszahlung aus lfd. Verwaltungstätigkeit	187.446,76	233.701	243.995	0	246.428	248.887	251.369
= Saldo der lfd. Verwaltungstätigkeit	-186.767,03	-233.701	-243.995	0	-246.428	-248.887	-251.369
- Auszahl. für den Erwerb bewegl. Anlageverm.	650,74	0	0	0	0	0	0
= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	650,74	0	0	0	0	0	0
= Saldo des Teilfinanzplanes nach Investitionstätigkeit	-187.417,77	-233.701	-243.995	0	-246.428	-248.887	-251.369

Investitionsmaßnahmen in T€	Gesamt- ausgabe- bedarf	bisher bereit gest.	vorl. RE 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014	VE 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017
Investitionstätigkeit unter der Wertgrenze									
= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	0,0	0,0	0,7	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Saldo Investitionstätigkeit	0,0	0,0	-0,7	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0

Erläuterungen

Bei der Planung des Leistungsumfanges wurden die Ergebnisse aus den Jahren 2009 bis 2011 zugrunde gelegt. Seit dem IV. Quartal 2011 stehen keine aktuellen Auswertungen zur telefonischen Erreichbarkeit mehr zur Verfügung. Aus datenschutzrechtlichen Gründen werden die Auswertungen nicht mehr durch die Firma Telco erstellt, die Durchführung vor Ort in Detmold durch Telco kommt aus Kostengründen nicht in Betracht. Seit dem IV. Quartal 2013 können die ersten aktuellen Auswertungen durch den ADV-Service der Stadt Detmold selbst erstellt werden. Mit starken Abweichungen bezgl. des Gesamtaufkommens der jährlichen Anrufe ist nicht zu rechnen.

Das TSC ist weiterhin mit insgesamt 6 Mitarbeiterinnen mit unterschiedlicher Wochenstundenzahl besetzt. Eine Veränderung des gesamten Stundenkontingentes ist für das TSC nicht geplant, da zur Aufrechterhaltung der Leistungsfähigkeit immer mind. 3 Mitarbeiterinnen anwesend sein müssen.

Durch die weitere Qualifizierung der Mitarbeiterinnen im Team wird auch für das Jahr 2014 mit einer weiteren Steigerung der Servicequalität gerechnet.

Die Übernahme von weiteren Unterstützungstätigkeiten für die gesamte Verwaltung und besonders für die Teams im Haus Grabenstr. 1 sind geplant.

Erträge werden nur aus den Internen Leistungsverrechnungen des Servicecenters erzielt.

Die Sachkosten beschränken sich auf Kosten für Büromaterial und Reisekosten für Weiterbildungen.

Im Vergleich zu 2012 sind die Personalkosten gestiegen, dies ist aber durch die Langzeiterkrankung einer Kollegin in 2012 und die Einrichtung der Teilteamleitung im TSC begründet.

Investitionen sind für 2014 nicht geplant.

Kurzbeschreibung

Annahme, Prüfung, Bearbeitung und Entscheidung der im Leistungsumfang aufgeführten Leistungen

Ziele

Registrierung aller Einwohner/ innen sowie Ausstattung der Zielgruppe mit den erforderlichen, im Leistungsumfang genannten Personaldokumenten

Auftragsgrundlage

Meldegesetz; Bundeszentralregistergesetz; Wehrpflichtgesetz; Lohn- und Einkommenssteuergesetz; Passgesetz; Landesfischereigesetz, Verwaltungsverfahrensgesetz

Zielgruppe

Alle Einwohner/ innen im Gebiet der Stadt Detmold, interne und externe Dienststellen sowie Personen mit einem berechtigten Interesse

Politisches Gremium

Ausschuss für Bürgerservice, Ordnung, Feuerwehr und Rettungsdienst

Stellen	Einheit	Ist 2012	Plan 2013	Plan 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017
Stellen	Anz.	9,19	8,64	8,04	-	-	-

Leistungen	Einheit	Ist 2012	Plan 2013	Plan 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017
Erfassung der Wehrpflichtigen	Anz.	206	400	0	-	-	-
Führerscheinanträge	Anz.	212	250	150	-	-	-
Personalausweise inklusive vorläufige	Anz.	8.209	9.000	7.000	-	-	-
Reisepässe inklusive vorläufige	Anz.	2.667	2.700	2.700	-	-	-
Kinderreisepässe inkl. Verlängerungen	Anz.	967	800	800	-	-	-
Fischereischeine	Anz.	356	300	300	-	-	-
Beglaubigungen	Anz.	1.997	2.000	2.000	-	-	-
Summe aller Vorgänge	Anz.	23.484	30.160	21.010	0	0	0
Anzahl der Beschwerden/Lob	Anz.	9	-	-	-	-	-
Führungszeugnisse	Anz.	2.969	3.000	3.000	-	-	-
Auskünfte Gewerbezentralregister	Anz.	198	200	200	-	-	-
Melde- Aufenthaltsbescheinigungen	Anz.	1.347	7.500	1.000	-	-	-
Aufenthaltsermittlungen	Anz.	601	650	500	-	-	-
Untersuchungsberechtigungsscheine	Anz.	177	160	160	-	-	-

Kennzahlen	Einheit	Ist 2012	Plan 2013	Plan 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017
Anzahl der An-/Ab- und Ummeldungen	Anz.	12.309	10.700	10.700	-	-	-
Anzahl der Ausstellung von Personaldokumenten	Anz.	11.843	12.500	10.500	-	-	-
durchschnittlicher Betriebsaufwand je Vorgang	€	3,48	2,76	3,75	-	-	-
Anzahl Beschwerden / Vorgänge	%	0,00	-	-	-	-	-

Teilergebnisplan Ertrags- und Aufwandsarten in €	vorl. Ergebnis 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017
---	------------------------	----------------	----------------	-----------------	-----------------	-----------------

Teilergebnisplan Ertrags- und Aufwandsarten in €	vorl. Ergebnis 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017
+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0,00	0	39	39	39	39
+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	502.738,68	545.000	510.000	510.000	510.000	510.000
+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	120,00	0	0	0	0	0
+ Sonstige ordentliche Erträge	1.312,50	1.200	1.200	1.200	1.200	1.200
= Ordentliche Erträge	504.171,18	546.200	511.239	511.239	511.239	511.239
- Personalaufwendungen	456.809,72	446.414	426.124	430.386	434.689	439.036
- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	38.045,21	35.300	38.710	38.710	38.710	38.710
- Bilanzielle Abschreibungen	1.642,00	1.642	1.773	1.773	1.773	1.773
- Sonstige ordentliche Aufwendungen	323.191,29	351.750	322.600	322.600	322.600	322.600
= Ordentliche Aufwendungen	819.688,22	835.106	789.207	793.469	797.772	802.119
= Ordentliches Ergebnis	-315.517,04	-288.906	-277.968	-282.230	-286.533	-290.880
- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	194.921,85	258.140	235.731	240.408	251.879	256.443
= Ergebnis	-510.438,89	-547.046	-513.699	-522.638	-538.412	-547.323

Teilfinanzplan Ein- und Auszahlungsarten in €	vorl. Ergebnis 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014	VE 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017
+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	498.939,54	545.000	510.000	0	510.000	510.000	510.000
+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	120,00	0	0	0	0	0	0
+ Sonstige Einzahlungen	1.483,93	1.200	1.200	0	1.200	1.200	1.200
= Einzahlung aus lfd. Verwaltungstätigkeit	500.543,47	546.200	511.200	0	511.200	511.200	511.200
- Personalauszahlungen	448.283,38	439.802	419.559	0	423.756	427.992	432.272
- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	41.652,21	35.300	38.710	0	38.710	38.710	38.710
- Sonstige Auszahlungen	332.177,02	351.750	322.600	0	322.600	322.600	322.600
= Auszahlung aus lfd. Verwaltungstätigkeit	822.112,61	826.852	780.869	0	785.066	789.302	793.582
= Saldo der lfd. Verwaltungstätigkeit	-321.569,14	-280.652	-269.669	0	-273.866	-278.102	-282.382
- Auszahl. für den Erwerb bewegl. Anlageverm.	13.675,08	3.000	3.000	0	3.000	3.000	3.000
= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	13.675,08	3.000	3.000	0	3.000	3.000	3.000
= Saldo des Teilfinanzplanes nach Investitionstätigkeit	-335.244,22	-283.652	-272.669	0	-276.866	-281.102	-285.382

Investitionsmaßnahmen in T€	Gesamt- ausgabe- bedarf	bisher bereit gest.	vorl. RE 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014	VE 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017
Investitionstätigkeit unter der Wertgrenze									
= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	12,0	0,0	13,7	3,0	3,0	0,0	3,0	3,0	3,0
Saldo Investitionstätigkeit	-12,0	0,0	-13,7	-3,0	-3,0	0,0	-3,0	-3,0	-3,0

Erläuterungen

Bei der Planung der Leistungsumfänge wurden die Ergebnisse der vergangenen Jahre und des 1. HJ 2013 zugrunde gelegt. Die Entwicklung in den einzelnen Leistungsumfängen ist im Vergleich zu den Vorjahren unterschiedlich.

Im Bereich der ausgestellten Personalausweise wurde eine Aktualisierung von 9.000 auf 7.000 Fälle aufgrund des Halbjahresergebnisses 2013 vorgenommen.

Der Planansatz bei den Reisepässen und Kinderreisepässen wird erreicht werden.

Die An-, Um- und Abmeldungen liegen im Plan und sollten auch 2014 erreicht werden.

Die Meldebescheinigungen wurden im Leistungsumfang auf "gebührenpflichtige Meldebescheinigungen" reduziert, da nur für diese eine definitive Zahl ermittelt werden kann.

Die Ausstellung von Verpflichtungserklärungen ist in den Leistungsumfang aufgenommen worden und ist unverändert. Detmolder Bürgerinnen und Bürger können nach Einkommensüberprüfung eine Person aus bestimmten Ländern zu Besuch einladen, wenn sie finanziell dazu in der Lage sind.

Die Anzahl der Aufenthaltsermittlungen ist von 650 auf 500 Fälle verringert worden, was auch mit der Durchführung von Wahlen und der Personalsituation zu tun hat.

Bei den ordentlichen Erträgen sollten 2014 gut 511.000 € erreicht werden, etwas mehr als im vorl. Jahresergebnis 2012 in diesem Bereich. Bei den ordentlichen Aufwendungen wird wohl eine Reduzierung von rund 30.000 € gegenüber dem Ergebnis 2012 erreicht werden. Insgesamt wird das Ergebnis rund 3.000 € über dem vorl. Ergebnis 2012 bleiben, aber rund 33.000 € unter dem Planansatz 2013 liegen.

In 2013 ist eine Organisationsuntersuchung erfolgt. Die Umsetzung des Ergebnisses der Organisationsuntersuchung wird in 2014 durchgeführt.

Kurzbeschreibung

Bearbeitung von Anträgen auf TV- und Rundfunkgebührenbefreiung bzw. -ermäßigung; Festsetzung der Hundesteuer unter Berücksichtigung von Befreiungsmöglichkeiten. Fundangelegenheiten. Zusätzliche Dienstleistungsangebote .

Ziele

Festsetzung bzw. Veranlagung zur kommunalen Steuer, Gewährung von sozialen Vergünstigungen, Verwaltung von Fundsachen.

Auftragsgrundlage

Verwaltungsvorschrift zur Befreiung von der Rundfunkgebührenpflicht aus sozialen Gründen; Hundesteuersatzung. Ratsbeschluss; BGB.

Zielgruppe

Alle Personen im Gebiet der Stadt Detmold, die ein TV- oder Rundfunkgerät zum Betrieb bereithalten; alle Hundehalter im Gebiet der Stadt Detmold. Alle Einwohnerinnen und Einwohner im Gebiet der Stadt Detmold und alle internen und externen Dienststellen sowie Rat suchende andere Personen.

Politisches Gremium

Ausschuss für Bürgerservice, Ordnung, Feuerwehr und Rettungsdienst

Stellen	Einheit	Ist 2012	Plan 2013	Plan 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017
Stellen	Anz.	3,18	3,00	2,99	-	-	-

Leistungen	Einheit	Ist 2012	Plan 2013	Plan 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017
Befreiung von Rundfunkbeitragspflicht	Anz.	2.969	3.000	3.000	-	-	-
Anmeldung Hundesteuer	Anz.	326	350	325	-	-	-
Summe der Beschwerden/Lob	Anz.	2	-	-	-	-	-
Abmeldung Hundesteuer	Anz.	352	400	400	-	-	-
EU-Parkausweise	Anz.	155	160	160	-	-	-
Aufnahme von Fundanzeigen	Anz.	401	350	350	-	-	-
Ausgabe von Fundsachen	Anz.	122	100	100	-	-	-
Verlängerung Schwerbehindertenausweise	Anz.	299	300	200	-	-	-
nachrichtlich: Zahl der angemeldeten Hunde in Detmold	Anz.	3.179	3.246	3.100	-	-	-

Kennzahlen	Einheit	Ist 2012	Plan 2013	Plan 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017
Anzahl Beschwerden / Vorgänge	%	0,00	-	-	-	-	-
durchschnittlicher Betriebsaufwand je Vorgang	€	34,8	32,7	35,7	-	-	-
Anzahl Vorgänge Hundesteuer	Anz.	678	750	750	-	-	-
Anzahl Vorgänge Sozialpässe	Anz.	2.112	2.000	2.100	-	-	-
Anzahl Vorgänge Fundsachen	Anz.	523	450	450	-	-	-

Teilergebnisplan Ertrags- und Aufwandsarten in €	vorl. Ergebnis 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017
+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	2.815,49	1.600	1.600	1.600	1.600	1.600
+ Sonstige ordentliche Erträge	6.139,66	6.450	7.100	7.100	7.100	7.100

Teilergebnisplan Ertrags- und Aufwandsarten in €	vorl. Ergebnis 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017
= Ordentliche Erträge	8.955,15	8.050	8.700	8.700	8.700	8.700
- Personalaufwendungen	159.857,05	156.803	160.844	162.453	164.077	165.718
- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	16.694,00	17.087	25.400	25.400	25.400	25.400
- Bilanzielle Abschreibungen	177,00	0	0	0	0	0
- Sonstige ordentliche Aufwendungen	5.155,86	2.350	3.900	3.150	3.900	3.150
= Ordentliche Aufwendungen	181.883,91	176.240	190.144	191.003	193.377	194.268
= Ordentliches Ergebnis	-172.928,76	-168.190	-181.444	-182.303	-184.677	-185.568
- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	52.627,81	69.214	52.978	51.708	52.453	52.736
= Ergebnis	-225.556,57	-237.404	-234.422	-234.011	-237.130	-238.304

Teilfinanzplan Ein- und Auszahlungsarten in €	vorl. Ergebnis 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014	VE 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017
+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	2.815,49	1.600	1.600	0	1.600	1.600	1.600
+ Sonstige Einzahlungen	6.253,16	6.450	7.100	0	7.100	7.100	7.100
= Einzahlung aus lfd. Verwaltungstätigkeit	9.068,65	8.050	8.700	0	8.700	8.700	8.700
- Personalauszahlungen	155.524,01	152.921	156.979	0	158.549	160.135	161.736
- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	16.694,00	17.087	25.400	0	25.400	25.400	25.400
- Sonstige Auszahlungen	4.112,05	2.350	3.900	0	3.150	3.900	3.150
= Auszahlung aus lfd. Verwaltungstätigkeit	176.330,06	172.358	186.279	0	187.099	189.435	190.286
= Saldo der lfd. Verwaltungstätigkeit	-167.261,41	-164.308	-177.579	0	-178.399	-180.735	-181.586

Erläuterungen

Hundesteuer

Die Erträge belaufen sich im Rechnungsergebnis 2012 über dem geplanten Ansatz auf 215.587,09 €. Für den Planansatz 2014 dient dieses Ergebnis als Grundlage.

Tierheimunterstützung

Das Detmolder Tierheim "Tierschutz der Tat" wird mit einem vertraglich festgelegten Betrag i.H.v. 15.000 € im Jahr unterstützt. Das Tierheim erhält diesen Betrag in 2 Raten als Aufwendersersatz für die Aufnahme von Fundtieren aus dem Stadtgebiet Detmold.

Eine weitere Unterstützung wird für eine spezielle Projektarbeit ausgezahlt. Nach einem Beschluß des Rates wird jährlich ein Betrag i.H.v. 1.687 € gezahlt, der dafür verwendet werden soll, das Freisetzen von Tieren (z.B. in der Urlaubszeit) zu verhindern.

Die evtl. Mehreinnahmen durch die Veranlagung zur erhöhten Steuer für Hunde gem. § 2 Buchstabe d) und e) der Hundesteuersatzung fließen ebenfalls dem Tierheim zu. Im Jahr 2012 konnte eine Mehreinnahme verzeichnet werden.

Befreiung von der Rundfunkbeitragspflicht

Die Entscheidung über die Befreiung liegt mittlerweile im Zuständigkeitsbereich der GEZ. Der Aufwand bleibt bestehen, da die Kommunen aufgrund der Bürgernähe weiterhin die Antragsannahme und -weiterleitung sowie eine damit zusammenhängende Beratung anbieten.

Münzkopierer, Fotoautomat und Fundsachen

Die Erträge werden aus Fotokopiergebühren, sowie durch die Nutzungsentschädigung für den Fotoautomaten erzielt. Der Versteigerungserlös ist nur bedingt planbar, da er von Menge und Wertigkeit der zu versteigernden Fundsachen abhängig ist. Der Leistungsumfang wurde aufgrund der Ergebnisse der Vorjahre prognostiziert.

Die Personalkosten haben sich im Vergleich zu den letzten Jahren nur geringfügig verändert.

Kurzbeschreibung

Vorbereitung, Durchführung und Nachbearbeitung von Wahlen; Erstellen von Statistiken

Ziele

Reibungslose Durchführung der Wahlen gewährleisten, die angeforderten und die Pflichtstatistiken zur Verfügung stellen.

Auftragsgrundlage

Bundeswahlgesetz, Landeswahlgesetz, Kommunalwahlgesetz, Europawahlgesetz, Spezialgesetze für die Statistiken.

Zielgruppe

Alle Wahlberechtigten, beteiligte Behörden, Parteien und Wählergruppen; interne und externe Dienststellen, Einzelpersonen.

Politisches Gremium

Ausschuss für Bürgerservice, Ordnung, Feuerwehr und Rettungsdienst

Stellen	Einheit	Ist 2012	Plan 2013	Plan 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017
Stellen	Anz.	1,00	1,00	1,00	-	-	-

Leistungen	Einheit	Ist 2012	Plan 2013	Plan 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017
Wahlen: Anzahl der Wahlberechtigten	Anz.	57.345	57.700	-	-	-	-
davon intern	Anz.	38	125	125	-	-	-
davon extern	Anz.	24	125	125	-	-	-
Statistische Jahrbücher	Anz.	-	1	1	-	-	-
Anzahl der Beschwerden/Lob	Anz.	3	-	-	-	-	-
Anzahl der durchgeführten Wahlen	Anz.	-	1	4	-	-	-
Anzahl der Einwohner/innen	Anz.	-	-	74.900	-	-	-
Anzahl der angeschriebenen Wahlhelfer/innen	Anz.	-	600	750	-	-	-
Anzahl der Absagen der angeschriebenen Wahlhelfer/innen	Anz.	-	125	125	-	-	-
Anzahl der tatsächlichen Wähler/innen	Anz.	34.518	44.000	-	-	-	-
Anzahl der Briefwählerinnen	Anz.	7.617	10.200	-	-	-	-
davon Anzahl der für ungültig erklärten Wahlscheine	Anz.	9	15	-	-	-	-
davon Absagen	Anz.	-	125	-	-	-	-
nachrichtlich: Einwohnerzahl (Hauptwohnsitz) zum Stichtag 6 Wochen vor Wahltermin	Anz.	75.116	75.500	74.900	-	-	-
Anzahl der Wahllokale	Anz.	63	69	70	-	-	-
Gesamtzahl der Mitglieder der Wahlvorstände	Anz.	-	440	440	-	-	-
Statistiken Pflichtstatistiken	Anz.	-	-	0	-	-	-
davon Gesamterhebungen	Anz.	-	-	0	-	-	-
davon repräsentative Erhebungen	Anz.	-	-	0	-	-	-
angeforderte Statistiken	Anz.	62	250	250	0	0	0

Kennzahlen	Einheit	Ist 2012	Plan 2013	Plan 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017
Anzahl der Beschwerden / Wahlberechtigte	%	0,00	-	-	-	-	-

Kennzahlen	Einheit	Ist 2012	Plan 2013	Plan 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017
Anzahl Wahlberechtigter bei durchgeführten Wahlen	Anz.	-	-	-	-	-	-
durchschnittlicher Betriebsaufwand je Wahlberechtigten	€	2,81	2,68	-	-	-	-
Verhältnis Wahlberechtigte zu Einwohner/innen	%	-	-	-	-	-	-
Verhältnis tatsächliche Wähler/innen zu Wahlberechtigten	%	60,19	76,26	-	-	-	-
Verhältnis Briefwähler/innen zu Wahlberechtigten	%	13,28	17,68	-	-	-	-
Verhältnis Briefwähler/innen zu tatsächlichen Wähler/innen	%	22,07	23,18	-	-	-	-
Verhältnis angeschriebene Wahlhelfer zu Absagen	%	-	20,83	16,67	-	-	-

Teilergebnisplan Ertrags- und Aufwandsarten in €	vorl. Ergebnis 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017
+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	215,00	500	250	250	250	250
+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	40.889,40	56.000	36.500	100.000	0	98.200
= Ordentliche Erträge	41.104,40	56.500	36.750	100.250	250	98.450
- Personalaufwendungen	75.735,25	74.911	74.633	75.380	76.133	76.894
- Bilanzielle Abschreibungen	380,00	380	380	380	380	380
- Sonstige ordentliche Aufwendungen	45.448,53	45.130	100.620	78.760	610	95.610
= Ordentliche Aufwendungen	121.563,78	120.421	175.633	154.520	77.123	172.884
= Ordentliches Ergebnis	-80.459,38	-63.921	-138.883	-54.270	-76.873	-74.434
- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	42.532,01	43.220	66.136	72.287	16.233	46.390
= Ergebnis	-122.991,39	-107.141	-205.019	-126.557	-93.106	-120.824

Teilfinanzplan Ein- und Auszahlungsarten in €	vorl. Ergebnis 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014	VE 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017
+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	215,00	500	250	0	250	250	250
+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	40.889,40	56.000	36.500	0	100.000	0	98.200
= Einzahlung aus lfd. Verwaltungstätigkeit	41.104,40	56.500	36.750	0	100.250	250	98.450
- Personalauszahlungen	55.777,28	50.901	50.865	0	51.374	51.888	52.406
- Sonstige Auszahlungen	45.463,62	45.130	100.620	0	78.760	610	95.610
= Auszahlung aus lfd. Verwaltungstätigkeit	101.240,90	96.031	151.485	0	130.134	52.498	148.016
= Saldo der lfd. Verwaltungstätigkeit	-60.136,50	-39.531	-114.735	0	-29.884	-52.248	-49.566

Erläuterungen

Statistik:

Der Plan mit 250 Statistiken wurde aufrecht erhalten. Die Aufgaben der Statistikstelle sind unterteilt in einen allgemeinen Bereich und einen Bereich, der aufgrund der Sensibilität der erhobenen Daten einer besonderen Abschottung bedarf. Die Aufgaben einer abgeschotteten Statistikstelle werden für die Stadt im Rahmen einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung durch den Kreis Lippe wahrgenommen. Die verbliebenen allgemeinen Aufgaben werden fachgebietsintern übernommen.

Wahlen:

Plandaten für die in 2014 angesetzten bzw. möglichen Wahlen:

Europawahl: 57.500 Wahlberechtigte, 31.400 Wähler, davon 6.100 Briefwähler.

Rats- und evtl. Bürgermeisterwahl: 60.300 Wahlberechtigte, 31.500 Wähler, davon 6.200 Briefwähler.

Kreistagswahl: 60.350 Wahlberechtigte, 31.450 Wähler, davon 6.050 Briefwähler.

Evtl. Stichwahl zum Bürgermeisteramt (2 - 4 Wochen nach dem Hauptwahltermin): 60.300 Wahlberechtigte, 31.000 Wähler, davon 6000 Briefwähler. Erneut 70 Wahllokale mit rund 440 Mitgliedern der Wahlvorstände.

Ab 2013 sind die Kosten für das ADV-Wahlprogramm und die Portokosten für das Briefwahlgeschäft dem Fb 1 zugeordnet und werden im Produkt Wahlen und Statistik nur noch als Interne Leistungsverrechnungen dargestellt.
Die ersten Ergebnisse des Zensus 2011 sollten Ende 2012 den Städten und Gemeinden zur weiteren Auswertung zur Verfügung gestellt werden. Jetzt sollen die ersten Datenauswertungen ab Ende Dezember 2013 möglich sein.

Kurzbeschreibung

Umfassende Beratung der Hilfesuchenden über die individuellen Rechte und Pflichten in Rentenangelegenheiten

Ziele

Bürger/innen bei der Geltendmachung der Rechte behilflich sein und für umfassende Information sorgen

Auftragsgrundlage

§ 15 Sozialgesetzbuch Teil 1 (SGB I) und Spezialgesetze

Zielgruppe

Alle Bürger/ innen im Bereich der Stadt Detmold

Politisches Gremium

Ausschuss für Bürgerservice, Ordnung, Feuerwehr und Rettungsdienst

Stellen	Einheit	Ist 2012	Plan 2013	Plan 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017
Stellen	Anz.	2,02	2,20	2,55	-	-	-

Leistungen	Einheit	Ist 2012	Plan 2013	Plan 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017
Anträge auf Rente	Anz.	792	1.100	1.200	-	-	-
Anträge auf Kontenklärung	Anz.	541	1.200	1.200	-	-	-
Zeugenerklärungen	Anz.	4	2	2	-	-	-
Anträge auf Kuren	Anz.	12	3	3	-	-	-

Kennzahlen	Einheit	Ist 2012	Plan 2013	Plan 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017
Anzahl der Beschwerden / Gesamtzahl der Beratungen	%	0,00	-	-	-	-	-
Anzahl der Rentenberatungsgespräche	Anz.	3.100	3.600	3.600	-	-	-
durchschnittlicher Betriebsaufwand je Vorgang	€	2,43	26,45	26,92	-	-	-
Verhältnis Vorgänge zu Einwohner/innen in Detmold	%	0,06	0,01	0,01	-	-	-

Teilergebnisplan Ertrags- und Aufwandsarten in €	vorl. Ergebnis 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017
- Personalaufwendungen	105.890,34	128.266	133.600	134.935	136.285	137.648
- Sonstige ordentliche Aufwendungen	2.256,55	2.110	2.360	2.360	2.360	2.360
= Ordentliche Aufwendungen	108.146,89	130.376	135.960	137.295	138.645	140.008
- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	26.269,94	34.087	27.326	26.623	26.641	26.985
= Ergebnis	-134.416,83	-164.463	-163.286	-163.918	-165.286	-166.993

Teilfinanzplan Ein- und Auszahlungsarten in €	vorl. Ergebnis 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014	VE 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017
- Personalauszahlungen	99.924,55	122.805	128.202	0	129.483	130.778	132.086

Teilfinanzplan Ein- und Auszahlungsarten in €	vorl. Ergebnis 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014	VE 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017
- Sonstige Auszahlungen	2.305,72	2.110	2.360	0	2.360	2.360	2.360
= Auszahlung aus lfd. Verwaltungstätigkeit	102.230,27	124.915	130.562	0	131.843	133.138	134.446

Erläuterungen

Für die Planung des nachfrageabhängigen Leistungsumfanges in 2014 wurden die Ergebnisse der letzten Jahre herangezogen. Bei den Rentenanträgen ist ein Anstieg zu erwarten, weil der Kreis Lippe die Hinterbliebenenrente und ausländische Bürger überprüfen lässt. Bei den Zeugenerklärungen ist, wie auch in den Vorjahren, kein Anstieg zu erwarten. Die Anträge auf Kontenklärungen, bei den Kuranträgen und auch bei den Beratungsgesprächen ist von keinem Anstieg auszugehen.

Erträge aus den Sachaufgaben gibt es im Produkt nicht.

Da die Rentenstelle nur noch mit 2 Stellen besetzt ist, wurde im Dezember 2011 die Terminvergabe eingeführt. Die Kundenströme können so gesteuert und lange Wartezeiten vermieden werden.

Die Personalkosten in 2014 liegen im Vergleich zum Vorjahr rund 6.000 € höher. In der Rentenstelle arbeiten ab dem 26.08.2013 drei Mitarbeiter jeweils in Teilzeit. Im Zuge der personellen Veränderungen ist die vorübergehende geringfügige Anhebung des Stundenkontingents von 6,5 Stunden erfolgt. Diese Gegebenheiten führen zu erhöhten Personalkosten.

Kurzbeschreibung

Erlaubniserteilung sowie Unterbindung und Ahndung von Verstößen gegen Rechtsnormen der Auftragsgrundlage

Ziele

Sicherstellung einer geordneten Gewerbeausübung im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften; Steigerung des Freizeit- und Informationsangebotes in der Innenstadt

Auftragsgrundlage

Gewerbeordnung, Gaststättengesetz; Straßen- und Wegegesetz, Preisangabenverordnung, Sondernutzungssatzung

Zielgruppe

Gewerbetreibende im Gebiet der Stadt Detmold sowie alle Einwohner/ innen im Gebiet der Stadt Detmold

Politisches Gremium

Ausschuss für Bürgerservice, Ordnung, Feuerwehr und Rettungsdienst

Stellen	Einheit	Ist 2012	Plan 2013	Plan 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017
Stellen	Anz.	1,78	1,78	1,78	-	-	-

Leistungen	Einheit	Ist 2012	Plan 2013	Plan 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017
Sondernutzungen kommerziell schriftlich	Anz.	364	350	350	-	-	-
Sondernutzungen kommerziell mündlich	Anz.	665	800	650	-	-	-
Sondernutzungen nicht kommerziell	Anz.	204	150	200	-	-	-
Sonderveranstaltungen Kronenplatz	Anz.	15	14	14	-	-	-
Anzahl der Beschwerden/Lob	Anz.	1	-	-	-	-	-
Gewerbeuntersagungen	Anz.	33	25	25	-	-	-
Erlaubnisse nach dem GastG	Anz.	108	120	100	-	-	-
Versagungen nach dem GastG	Anz.	1	2	2	-	-	-
Überwachung Preisauszeichnung	Anz.	42	40	40	-	-	-
Anzahl der Beanstandungen	Anz.	14	-	0	-	-	-

Kennzahlen	Einheit	Ist 2012	Plan 2013	Plan 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017
Anzahl Beschwerden / Gesamtzahl der Vorgänge	%	0,00	-	-	-	-	-
Beanstandungen zu überprüften Getränkeschankanlagen	%	0,00	-	0,00	-	-	-
Beanstandungen zu überwachten Preisauszeichnungen	%	0,33	-	0,00	-	-	-
durchschnittlicher Betriebsaufwand je Vorgang	€	34,55	40,91	39,56	-	-	-
Anzahl der Gewerbemeldungen	Anz.	1.472	1.400	1.400	-	-	-
Auskünfte aus dem Gewerberegister	Anz.	793	800	800	-	-	-

Teilergebnisplan Ertrags- und Aufwandsarten in €	vorl. Ergebnis 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017
+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	163.123,00	201.500	175.000	175.000	175.000	175.000
+ Sonstige ordentliche Erträge	4.014,00	8.000	7.000	7.000	7.000	7.000

Teilergebnisplan Ertrags- und Aufwandsarten in €	vorl. Ergebnis 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017
= Ordentliche Erträge	167.137,00	209.500	182.000	182.000	182.000	182.000
- Personalaufwendungen	103.701,52	120.969	112.905	114.035	115.174	116.326
- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	3,50	1.000	10	10	10	10
- Bilanzielle Abschreibungen	718,95	0	0	0	0	0
- Transferaufwendungen	1.114,75	2.000	1.100	1.100	1.100	1.100
- Sonstige ordentliche Aufwendungen	1.817,18	1.533	1.940	1.940	1.940	1.940
= Ordentliche Aufwendungen	107.355,90	125.502	115.955	117.085	118.224	119.376
= Ordentliches Ergebnis	59.781,10	83.998	66.045	64.915	63.776	62.624
+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	28.275,00	26.676	26.676	26.676	26.676	26.676
- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	22.722,75	34.055	27.021	26.135	26.188	26.589
= Saldo aus internen Leistungsbeziehungen	5.552,25	-7.379	-345	541	488	87
= Ergebnis	65.333,35	76.619	65.700	65.456	64.264	62.711

Teilfinanzplan Ein- und Auszahlungsarten in €	vorl. Ergebnis 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014	VE 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017
+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	158.671,47	201.500	175.000	0	175.000	175.000	175.000
+ Sonstige Einzahlungen	5.665,86	8.000	7.000	0	7.000	7.000	7.000
= Einzahlung aus lfd. Verwaltungstätigkeit	164.337,33	209.500	182.000	0	182.000	182.000	182.000
- Personalauszahlungen	89.564,90	102.334	93.990	0	94.931	95.879	96.838
- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	3,50	1.000	10	0	10	10	10
- Transferauszahlungen	1.114,75	2.000	1.100	0	1.100	1.100	1.100
- Sonstige Auszahlungen	1.832,27	1.533	1.940	0	1.940	1.940	1.940
= Auszahlung aus lfd. Verwaltungstätigkeit	92.515,42	106.867	97.040	0	97.981	98.929	99.888
= Saldo der lfd. Verwaltungstätigkeit	71.821,91	102.633	84.960	0	84.019	83.071	82.112

Erläuterungen

Der Leistungsumfang sowie die Finanzplanung wurden auf der Grundlage der vergangenen Jahre geplant und angepasst.

Der Leistungsumfang für den Bereich Gewerbebeanmeldungen liegt in der Planung.

Die Erlaubnisse nach dem GastG sind tendenziell rückläufig und entsprechend angepasst worden.

Die Versagungen nach dem Gaststättengesetz wurden mit 2 Fällen kalkuliert. Auch hier kommt die Erlaubnisfreiheit für Betriebe ohne den Ausschank von Alkohol zum tragen. Versagungen kommen nur für erlaubnispflichtige Betriebe in Frage (Imbiss, Eisdielen, Kioske usw. fallen weg). Es ist aber zu erwarten, dass entsprechend mehr Gewerbeuntersagungen für die erlaubnisfreien Betriebe durchzuführen sind.

Die Anzahl der Anfragen nach Auskünften aus dem Gewerberegister ist gleichbleibend. Auskünfte werden offensichtlich zunächst kostenfrei bzw. kostengünstiger mit Hilfe des Internets eingeholt, denn eine einzelne Auskunft aus dem Gewerberegister kostet 15 €.

Der Leistungsumfang im Bereich Sondernutzungen wird in 2014 mit ca. 1.200 Fällen etwas unter dem Niveau der Vorjahre liegen. Insgesamt kommen weniger ambulante Händler in die Fußgängerzone.

Bei den Erträgen wird ein Ergebnis von rund 182.000 € erwartet, angepasst an die Entwicklung in diesem Produkt, musste der Ansatz gegenüber der Planung 2013 hier entsprechend reduziert werden.

Der ordentliche Aufwand wird vermutlich rund 10.000 € unter dem Ansatz 2013 liegen.

Das Ergebnis wird mit rund 66.000 € auf dem Niveau des vorl. Ergebnisses 2012, aber rund 10.000 € unter dem Ansatz für 2013 liegen.

Kurzbeschreibung

Erlaubniserteilung sowie Unterbindung und Ahndung von Verstößen gegen Rechtsnormen der Auftragsgrundlage

Ziele

Sicherstellung einer geordneten Gewerbeausübung im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften; Steigerung des Freizeit- und Kaufangebotes in der Innenstadt

Auftragsgrundlage

Gewerbeordnung, Marktsatzung

Zielgruppe

Beschicker und Betreiber sowie alle Einwohner/ innen im Gebiet der Stadt Detmold

Politisches Gremium

Ausschuss für Bürgerservice, Ordnung, Feuerwehr und Rettungsdienst

Stellen	Einheit	Ist 2012	Plan 2013	Plan 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017
Stellen	Anz.	0,95	0,95	0,95	-	-	-

Leistungen	Einheit	Ist 2012	Plan 2013	Plan 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017
Anzahl der Beschwerden/Lob	Anz.	7	-	-	-	-	-

Kennzahlen	Einheit	Ist 2012	Plan 2013	Plan 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017
Anzahl Beschwerden / Gesamtzahl der Vorgänge	%	0,01	-	-	-	-	-
Zulassungen für Jahrmärkte	Anz.	339	340	320	-	-	-
durchschnittlicher Betriebsaufwand je Vorgang	€	264,71	278,15	297,83	-	-	-
Durchführung Wochenmärkte	Anz.	157	156	156	-	-	-

Teilergebnisplan Ertrags- und Aufwandsarten in €	vorl. Ergebnis 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017
+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0,00	7.600	7.600	7.600	7.600	7.600
+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	756,30	3.874	1.738	2.442	1.976	2.902
+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	129.458,61	152.000	152.000	152.000	152.000	152.000
= Ordentliche Erträge	130.214,91	163.474	161.338	162.042	161.576	162.502
- Personalaufwendungen	63.758,58	65.925	70.776	71.483	72.199	72.922
- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	11.080,10	9.541	10.100	10.100	10.100	10.100
- Bilanzielle Abschreibungen	12.000,00	8.050	10.135	10.338	10.541	10.541
- Sonstige ordentliche Aufwendungen	583,58	515	615	615	615	615
= Ordentliche Aufwendungen	87.422,26	84.031	91.626	92.536	93.455	94.178
= Ordentliches Ergebnis	42.792,65	79.443	69.712	69.506	68.121	68.324
- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	49.845,63	59.228	55.516	55.574	54.453	54.583
= Ergebnis	-7.052,98	20.215	14.196	13.932	13.668	13.741

Teilfinanzplan Ein- und Auszahlungsarten in €	vorl. Ergebnis 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014	VE 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017
+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	756,30	750	750	0	750	750	750
+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	150.411,46	152.000	152.000	0	152.000	152.000	152.000
= Einzahlung aus lfd. Verwaltungstätigkeit	151.167,76	152.750	152.750	0	152.750	152.750	152.750
- Personalauszahlungen	60.379,15	61.616	66.544	0	67.209	67.882	68.561
- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	10.790,99	9.541	10.100	0	10.100	10.100	10.100
- Sonstige Auszahlungen	568,67	515	615	0	615	615	615
= Auszahlung aus lfd. Verwaltungstätigkeit	71.738,81	71.672	77.259	0	77.924	78.597	79.276
= Saldo der lfd. Verwaltungstätigkeit	79.428,95	81.078	75.491	0	74.826	74.153	73.474

Erläuterungen

Die Zulassungen für die Jahrmärkte werden im Vergleich zu den Vorjahren zurückgehen. Grund hierfür ist die allgemeine wirtschaftliche Lage und der insgesamt rückläufige Besuch von Kirmesveranstaltungen.

Die Anfragen der Schausteller sind deshalb zurückgegangen. Es wurde eine Aktualisierung auf 320 Fälle vorgenommen.

Die Anzahl der Wochenmärkte bleibt unverändert, was auf die festgelegten Durchführungstage, jeweils Dienstag, Donnerstag und Samstag zurückzuführen ist.

Grundlage für die Finanzdaten sind die Ergebnisse der Vorjahre.

Die Entwicklung bei den Erträgen bleibt abzuwarten; im Ergebnis sollte ein Planansatz in 2014 von rund 161.000 € erreicht werden.

Die ordentlichen Aufwendungen werden in 2014 rd. 4.000 € höher als im Vergleich zum vorläufigen Ergebnis 2012 sein. Für 2014 wird somit mit einem Ergebnis von rund 14.000 € zu rechnen sein.

Kurzbeschreibung

Prüfung und Anordnung von Maßnahmen zur Gesundheitserhaltung; Unterbindung und Ahndung von Verstößen gegen Rechtsnormen sowie die Erteilung und Versagung von Genehmigungen und Anordnungen verschiedener Art

Ziele

Sicherstellung eines geordneten Zusammenlebens im Stadtgebiet Detmold durch Maßnahmen zur Erhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung

Auftragsgrundlage

Ordnungsbehördengesetz (OBG), Psychischkrankengesetz (PsychKG); Ordnungswidrigkeitengesetz (OWiG); Landesimmissionsschutzgesetz (LImSchG); Landeshundegesetz (LHundG NRW); Ordnungsbehördliche Verordnung und sonstige Spezialgesetze

Zielgruppe

Psychisch Kranke; natürliche und juristische Personen im Stadtgebiet Detmold

Politisches Gremium

Ausschuss für Bürgerservice, Ordnung, Feuerwehr und Rettungsdienst

Stellen	Einheit	Ist 2012	Plan 2013	Plan 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017
Stellen	Anz.	4,61	4,61	4,61	-	-	-

Leistungen	Einheit	Ist 2012	Plan 2013	Plan 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017
Sachverhaltsermittlungen für andere ordnungsbehördliche Maßnahme "Bestattung"	Anz.	75	70	90	-	-	-
genehmigte Veranstaltungen mit Schallwiedergabegeräten	Anz.	44	48	48	-	-	-
Anzahl der Beschwerden/Lob	Anz.	72	80	80	-	-	-
erteilte Erlaubnisse für Hunde der §§ 3 und 10 LHundG NRW	Anz.	58	-	-	-	-	-
Anzahl der angemeldeten Hunde im Stadtgebiet	Anz.	20	4	4	-	-	-
Feststellung bissiger Hunde gem. § 3 LHundG NRW	Anz.	3.179	3.246	3.100	-	-	-
davon große Hunde nach § 11 LHundG NRW	Anz.	16	6	10	-	-	-
Feststellung der Haltungsvoraussetzungen der großen Hunde nach § 11 LHundG NRW	Anz.	1.300	1.300	1.300	-	-	-
Maßnahmen bei Abfallablagerungen	Anz.	321	350	60	-	-	-
Maßnahmen bei Schrottfahrzeugen	Anz.	55	70	60	-	-	-
Sachverhaltsermittlungen für den Produktbereich	Anz.	46	70	60	-	-	-
	Anz.	116	100	100	-	-	-

Kennzahlen	Einheit	Ist 2012	Plan 2013	Plan 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017
Anzahl Beschwerden / Gesamtzahl der Vorgänge	%	0,09	-	-	-	-	-

Kennzahlen	Einheit	Ist 2012	Plan 2013	Plan 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017
nachrichtlich: Anzahl der angemeldeten Hunde im Stadtgebiet	Anz.	3.179,00	3.246,00	3.100,00	-	-	-
durchschnittlicher Betriebsaufwand je Vorgang	€	613,44	479,19	669,51	-	-	-
Anzahl der Vorgänge nach OBG	Anz.	101	128	128	-	-	-
Anzahl der Vorgänge Hunde nach LHundG NRW	Anz.	225	360	74	-	-	-
Anzahl der Vorgänge Umweltschutz	Anz.	106	140	120	-	-	-
Anzahl der Vorgänge nach PsychKG	Anz.	78	105	100	-	-	-

Teilergebnisplan Ertrags- und Aufwandsarten in €	vorl. Ergebnis 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017
+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	5.407,50	3.620	5.320	5.320	5.320	5.320
+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	35.665,17	43.000	36.000	36.000	36.000	36.000
+ Sonstige ordentliche Erträge	16.811,17	21.500	17.600	17.600	17.600	17.600
= Ordentliche Erträge	57.883,84	68.120	58.920	58.920	58.920	58.920
- Personalaufwendungen	283.074,20	317.184	300.112	303.113	306.143	309.206
- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	3.258,32	3.800	3.310	3.310	3.310	3.310
- Bilanzielle Abschreibungen	1.005,51	0	0	0	0	0
- Sonstige ordentliche Aufwendungen	62.370,13	70.770	66.470	66.470	66.470	66.470
= Ordentliche Aufwendungen	349.708,16	391.754	369.892	372.893	375.923	378.986
= Ordentliches Ergebnis	-291.824,32	-323.634	-310.972	-313.973	-317.003	-320.066
+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	125,00	0	0	0	0	0
- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	44.464,54	55.580	50.189	49.656	49.898	50.494
= Saldo aus internen Leistungsbeziehungen	-44.339,54	-55.580	-50.189	-49.656	-49.898	-50.494
= Ergebnis	-336.163,86	-379.214	-361.161	-363.629	-366.901	-370.560

Teilfinanzplan Ein- und Auszahlungsarten in €	vorl. Ergebnis 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014	VE 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017
+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	4.254,50	3.620	5.320	0	5.320	5.320	5.320
+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	50.910,17	43.000	36.000	0	36.000	36.000	36.000
+ Sonstige Einzahlungen	7.338,74	21.500	17.600	0	17.600	17.600	17.600
= Einzahlung aus lfd. Verwaltungstätigkeit	62.503,41	68.120	58.920	0	58.920	58.920	58.920
- Personalauszahlungen	253.104,08	275.805	260.717	0	263.324	265.956	268.617
- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	3.156,06	3.800	3.310	0	3.310	3.310	3.310
- Sonstige Auszahlungen	64.923,65	70.770	66.470	0	66.470	66.470	66.470
= Auszahlung aus lfd. Verwaltungstätigkeit	321.183,79	350.375	330.497	0	333.104	335.736	338.397
= Saldo der lfd. Verwaltungstätigkeit	-258.680,38	-282.255	-271.577	0	-274.184	-276.816	-279.477

Erläuterungen

Der Leistungsumfang für 2014 ist auf der Grundlage der vergangenen Jahre geplant worden und wird sich gegenüber 2013 in einigen Bereichen leicht verändern. Bei den Einsätzen nach dem Psych KG, den Feststellungen der Haltungsvoraussetzungen großer Hunde, den Umweltschutzmaßnahmen und den Sachverhaltsermittlungen für andere wird mit weniger Fällen gerechnet. Erfahrungswerte aus der Vergangenheit zeigen, dass diese Leistungsumfänge leicht sinken. Bei den Feststellungen der Haltungsvoraussetzungen großer Hunde sind die Altfälle aus der Vergangenheit überwiegend abgeschlossen. Neuanmeldungen großer Hunde sind in dem Umfang nicht mehr zu erwarten. Der Leistungsumfang im Ordnungsbereich ist nachfrageabhängig und teilweise unvorhergesehen. Eine genaue Planung ist daher schwer möglich. Als zentrale Anlaufstelle für Veranstaltungen ist ein steigender Mehraufwand für die Überprüfung und Koordinierung der vermehrt auftretenden Veranstaltungen zu verzeichnen.

Die Erträge wurden auf der Grundlage des Ergebnisses von 2012 geplant und liegen rd. 1.000 € über dem Ergebnis 2012. Es wird mit rd. 59.000 € Erträge gerechnet.

Die Personalkosten sind gegenüber 2012 gestiegen. Eine halbe Stelle im Ermittlungsdienst ist nachbesetzt worden, die längere Zeit vakant war.

Es wurden rd. 70.000 € für Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen und für sonstige ordentliche Aufwendungen eingeplant und damit rd. 4.000 € mehr als in 2012. Für die Beseitigung von Störungen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung werden voraussichtlich mehr Finanzmittel als in 2012 benötigt.

Aufgrund der Erfahrungen u. a. beim NRW-Tag in 2012 kann nunmehr ein Krisenmanagement eingeführt und weiter entwickelt werden. In 2014 ist die Umsetzung eines Krisenmanagements geplant.

Kurzbeschreibung

Bewirtschaftung der Parkobjekte, Kontrolle des ruhenden Verkehrs

Ziele

Sicherheit und Ordnung im Straßenverkehr

Auftragsgrundlage

Straßenverkehrsordnung, Straßenverkehrsgesetz, Polizeigesetz, Ordnungswidrigkeitengesetz

Zielgruppe

Motorisierte Verkehrsteilnehmer/innen

Politisches Gremium

Ausschuss für Bürgerservice, Ordnung, Feuerwehr und Rettungsdienst

Stellen	Einheit	Ist 2012	Plan 2013	Plan 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017
Stellen	Anz.	7,53	8,53	8,55	-	-	-

Leistungen	Einheit	Ist 2012	Plan 2013	Plan 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017
Anzahl der Beschwerden/Lob	Anz.	33	-	-	-	-	-
Anzahl der Verwarnungen	Anz.	39.903	35.000	37.000	-	-	-
Anzahl der Bußgelder	Anz.	3.189	4.000	5.000	-	-	-
Kontrolle und Überwachung des ruhenden Verkehrs	Anz.	-	-	-	-	-	-

Kennzahlen	Einheit	Ist 2012	Plan 2013	Plan 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017
Personalaufwand / Aufwendungen	%	37,25	43,71	36,90	37,49	37,92	38,53

Teilergebnisplan Ertrags- und Aufwandsarten in €	vorl. Ergebnis 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017
+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0,00	130	130	130	130	130
+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	1.021.095,70	1.000.000	1.100.000	1.100.000	1.100.000	1.100.000
+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	116,55	500	500	500	500	500
+ Sonstige ordentliche Erträge	390.369,17	400.000	500.000	500.000	500.000	500.000
= Ordentliche Erträge	1.411.581,42	1.400.630	1.600.630	1.600.630	1.600.630	1.600.630
- Personalaufwendungen	360.656,13	418.461	428.158	432.439	436.764	441.131
- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	268.477,58	254.700	279.900	279.900	279.900	279.900
- Bilanzielle Abschreibungen	826,00	626	626	626	626	626
- Sonstige ordentliche Aufwendungen	40.264,37	46.667	30.660	36.300	30.660	36.300
= Ordentliche Aufwendungen	670.224,08	720.454	739.344	749.265	747.950	757.957
= Ordentliches Ergebnis	741.357,34	680.176	861.286	851.365	852.680	842.673
+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	0,00	3.995	4.000	4.000	4.000	4.000
- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	673.491,69	684.171	865.286	855.365	856.680	846.673
= Saldo aus internen Leistungsbeziehungen	-673.491,69	-680.176	-861.286	-851.365	-852.680	-842.673
= Ergebnis	67.865,65	0	-0	-0	-0	0

Teilfinanzplan Ein- und Auszahlungsarten in €	vorl. Ergebnis 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014	VE 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017
+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	1.047.974,92	1.000.000	1.100.000	0	1.100.000	1.100.000	1.100.000
+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	116,55	500	500	0	500	500	500
+ Sonstige Einzahlungen	388.865,38	400.000	500.000	0	500.000	500.000	500.000
= Einzahlung aus lfd. Verwaltungstätigkeit	1.436.956,85	1.400.500	1.600.500	0	1.600.500	1.600.500	1.600.500
- Personalauszahlungen	341.883,20	395.068	403.859	0	407.897	411.977	416.096
- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	261.000,70	254.700	279.700	0	279.700	279.700	279.700
- Sonstige Auszahlungen	39.992,59	42.667	29.300	0	32.300	29.300	32.300
= Auszahlung aus lfd. Verwaltungstätigkeit	642.876,49	692.435	712.859	0	719.897	720.977	728.096
= Saldo der lfd. Verwaltungstätigkeit	794.080,36	708.065	887.641	0	880.603	879.523	872.404
- Auszahl. für den Erwerb bewegl. Anlageverm.	698,11	4.200	1.560	0	4.200	1.560	4.200
= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	698,11	4.200	1.560	0	4.200	1.560	4.200
= Saldo des Teilfinanzplanes nach Investitionstätigkeit	793.382,25	703.865	886.081	0	876.403	877.963	868.204

Investitionsmaßnahmen in T€	Gesamt- ausgabe- bedarf	bisher bereit gest.	vorl. RE 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014	VE 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017
Investitionstätigkeit unter der Wertgrenze									
= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	0,0	0,0	0,7	4,2	1,6	0,0	4,2	1,6	4,2
Saldo Investitionstätigkeit	0,0	0,0	-0,7	-4,2	-1,6	0,0	-4,2	-1,6	-4,2

Erläuterungen

Durch die Kontrolle des Ruhenden Verkehrs wird die Einhaltung von verkehrsrechtlichen Anordnungen auf der Grundlage der Straßenverkehrsordnung und des Straßenverkehrsgesetzes überwacht. Ziel ist dabei die Aufrechterhaltung von Sicherheit und Ordnung im öffentlichen Straßenraum.

Es muss davon ausgegangen werden, dass die Verwarnungen und Bußgelder aufgrund der Personalsituation steigen werden.

Der Fachbereich 3 rechnet insgesamt mit ordentlichen Erträgen in einer Höhe von rd. 1.600.000 Euro. Davon allein aus den Parkvorgängen an Straßen und Plätzen 1.100.000 Euro sowie aus dem Bereich der Verkehrsüberwachung 500.000 Euro.

Die Ausgaben für Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen sind in Höhe von rd. 280.000 Euro kalkuliert worden und liegen damit um rd. 12.000 € höher als in 2012. Durch den Vertrag mit der SVD ist bei höheren Einnahmen auch mit höheren Ausgaben zu rechnen.

Die Personalkosten sind gegenüber dem Vorjahr und dem Rechnungsergebnis 2012 gestiegen. Eine zusätzliche Stelle bei den Verkehrsüberwachungskräften wurde eingerichtet.

Von den Verkehrsüberwachungskräften sollen zusätzliche Aufgaben im Ordnungsbereich zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger übernommen werden. So könnten z. B. Schmutzecken, wilder Müll oder abgemeldete Autos zeitnah verfolgt werden.

Kurzbeschreibung

Bekämpfung von Bränden
 Hilfeleistung bei Unglücksfällen, öffentlichen Notständen
 Naturereignissen, Explosionen

Ziele

Die Detmolder Bevölkerung jederzeit und schnellstmöglich zu schützen bzw. zu versorgen

Auftragsgrundlage

FSHG, UVV und FwDV

Zielgruppe

Detmolder Bevölkerung und deren Sachwerte

Politisches Gremium

Ausschuss für Bürgerservice, Ordnung, Feuerwehr und Rettungsdienst

Stellen	Einheit	Ist 2012	Plan 2013	Plan 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017
Stellen	Anz.	32,20	31,20	36,20	-	-	-

Leistungen	Einheit	Ist 2012	Plan 2013	Plan 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017
Einsätze zur Brandbekämpfung und techn. Hilfeleistung	Anz.	482	480	470	-	-	-
Hilfeleistung bei öffentlichen Notständen	Anz.	0	0	0	-	-	-

Kennzahlen	Einheit	Ist 2012	Plan 2013	Plan 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017
Anzahl der Brandeinsätze	Anz.	219	200	200	-	-	-
Anzahl der technischen Hilfeleistungen	Anz.	263	280	270	-	-	-
Durchschnittlicher Betriebsaufwand je Einsatz	€	6.000	6.112	7.021	-	-	-
Einsätze mit Erreichung der Hilfsfrist/Gesamtzahl zeitkritischer Einsätze	%	88	90	90	0	0	0

Teilergebnisplan Ertrags- und Aufwandsarten in €	vorl. Ergebnis 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017
+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	82.921,00	110.570	97.550	96.870	96.970	98.510
+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	31.785,75	40.000	33.000	33.000	33.000	33.000
+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	15.757,23	15.000	15.700	15.700	15.700	15.700
+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	16.033,23	10.100	14.300	14.300	14.300	14.300
+ Sonstige ordentliche Erträge	1.760,06	6.060	1.550	1.550	1.550	1.550
= Ordentliche Erträge	148.257,27	181.730	162.100	161.420	161.520	163.060
- Personalaufwendungen	2.011.622,90	1.959.990	2.320.357	2.308.975	2.322.905	2.345.625
- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	342.163,46	332.900	356.700	321.700	325.700	329.700
- Bilanzielle Abschreibungen	196.971,00	221.050	236.590	240.510	253.620	271.460
- Transferaufwendungen	9.725,00	9.100	9.800	9.800	9.800	9.800
- Sonstige ordentliche Aufwendungen	201.790,75	200.650	226.050	209.450	204.450	204.450

Teilergebnisplan Ertrags- und Aufwandsarten in €	vorl. Ergebnis 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017
= Ordentliche Aufwendungen	2.762.273,11	2.723.690	3.149.497	3.090.435	3.116.475	3.161.035
= Ordentliches Ergebnis	-2.614.015,84	-2.541.960	-2.987.397	-2.929.015	-2.954.955	-2.997.975
+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	1.009,75	4.000	4.000	4.000	4.000	4.000
- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	278.644,88	286.720	286.509	288.919	292.776	297.240
= Saldo aus internen Leistungsbeziehungen	-277.635,13	-282.720	-282.509	-284.919	-288.776	-293.240
= Ergebnis	-2.891.650,97	-2.824.680	-3.269.906	-3.213.934	-3.243.731	-3.291.215

Teilfinanzplan Ein- und Auszahlungsarten in €	vorl. Ergebnis 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014	VE 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017
+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	2.300,00	0	0	0	0	0	0
+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	31.155,53	40.000	33.000	0	33.000	33.000	33.000
+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	15.245,93	15.060	15.750	0	15.750	15.750	15.750
+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	16.805,37	10.100	14.300	0	14.300	14.300	14.300
+ Sonstige Einzahlungen	1.343,56	6.000	1.500	0	1.500	1.500	1.500
= Einzahlung aus lfd. Verwaltungstätigkeit	66.850,39	71.160	64.550	0	64.550	64.550	64.550
- Personalauszahlungen	1.437.762,95	1.638.470	1.603.817	0	1.619.337	1.635.013	1.650.854
- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	357.746,34	332.900	351.700	0	316.700	320.700	324.700
- Transferauszahlungen	9.725,00	9.100	9.800	0	9.800	9.800	9.800
- Sonstige Auszahlungen	158.018,97	157.150	177.050	0	159.450	159.450	159.450
= Auszahlung aus lfd. Verwaltungstätigkeit	1.963.253,26	2.137.620	2.142.367	0	2.105.287	2.124.963	2.144.804
= Saldo der lfd. Verwaltungstätigkeit	-1.896.402,87	-2.066.460	-2.077.817	0	-2.040.737	-2.060.413	-2.080.254
+ Einzahl. aus Zuwendungen für Investitionsmaßn.	138.377,15	138.600	138.600	0	138.600	138.600	138.600
+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanl.	416,50	500	500	0	500	500	500
= Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	138.793,65	139.100	139.100	0	139.100	139.100	139.100
- Auszahl. für den Erwerb bewegl. Anlageverm. (Kassenwirksamkeit)	158.118,49	739.500	1.483.500	660.000	530.000 (320.000)	555.000 (200.000)	525.000 (140.000)
= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	158.118,49	739.500	1.483.500	660.000	530.000	555.000	525.000
= Saldo aus Investitionstätigkeit	-19.324,84	-600.400	-1.344.400	-660.000	-390.900	-415.900	-385.900
= Saldo des Teilfinanzplanes nach Investstätigkeit	-1.915.727,71	-2.666.860	-3.422.217	-660.000	-2.431.637	-2.476.313	-2.466.154

Investitionsmaßnahmen in T€	Gesamt- ausgabe- bedarf	bisher bereit gest.	vorl. RE 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014	VE 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017
B02083201 Anschaffung von Geräten oberhalb von 410 EUR, Feuerwehr DT									
= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	216,0	0,0	48,7	140,0	96,0	0,0	30,0	60,0	30,0
B02083202 Pauschale für das Feuerwehrwesen									
= Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	0,0	0,0	138,4	138,6	138,6	0,0	138,6	138,6	138,6
B02083204 Anschaffung von Fahrzeugen, Feuerwehr DT									
= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	2.640,0	0,0	47,9	535,0	1.320,0	660,0	440,0	440,0	440,0

Investitionsmaßnahmen in T€	Gesamt- ausgabe- bedarf	bisher bereit gest.	vorl. RE 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014	VE 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017
Investitionstätigkeit unter der Wertgrenze									
= Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	0,0	0,0	0,4	0,5	0,5	0,0	0,5	0,5	0,5
= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	22,5	0,0	61,5	64,5	67,5	0,0	60,0	55,0	55,0
Saldo unterhalb der Wertgrenze	-22,5	0,0	-61,1	-64,0	-67,0	0,0	-59,5	-54,5	-54,5
Saldo Investitionstätigkeit	-2.878,5	0,0	-19,3	-600,4	-1.344,4	-660,0	-390,9	-415,9	-385,9

Erläuterungen

Der derzeitige Brandschutzbedarfsplan vom 20.09.2007 in Verbindung mit dem Ratsbeschluss vom 11.07.2002 zur langfristigen Umsetzung der neuen Fahrzeugstruktur und die hieraus abgeleiteten Maßnahmen stellen im Planungsergebnis dar, was zum einen Schutzziele mit einem bestmöglichen Sicherheitsniveau festgelegt und damit das Risikopotential für die Detmolder Bevölkerung minimiert und zum anderen eine effiziente Entwicklung im Feuerwehrbereich ermöglicht. Der in 2013 fortgeschriebene Brandschutzbedarfsplan wird mit folgenden Zielsetzungen und Maßnahmen durchgeführt:

- Planerischer Zielerreichungsgrad für das Schutzziel I 90% (ist nur in Staffelstärke erreichbar)
- Planung des Neubaus des Feuerwehrgerätehauses in Pivitsheide (Baudurchführung 2014)
- Fortschreibung der langfristigen Umsetzung der Fahrzeugstruktur bis 2025

Im abwehrenden Brandschutz entstehen naturgemäß die größten Positionen des Mittelabflusses sächlicher wie personeller Art (Vorhaltekosten).

Gleichzeitig ist dieses Produkt mit der höchsten Planungssicherheit behaftet. Die zur Erfüllung der Aufgaben notwendigen Vorhaltungen bestimmen im Wesentlichen die Ausgaben.

Hauptaufgabe des FG 3.4 wird es sein, das erforderliche Maß an Sicherheit in Einklang zu bringen mit der größtmöglichen Qualität der Leistungen und darüber hinaus die Effizienz zu optimieren.

Im Budget 2014 ergeben sich Personalaufwendungen i.H.v. 2.320.357 €. Im Vorjahr betrug der Planansatz 1.959.990 € und das Jahresergebnis 2012 2.011.662,90 €. Insofern ergibt sich eine Erhöhung von rd. 360.000 € gegenüber dem Plan 2013 und i.H.v. rd. 309.000 € gegenüber dem Rechnungsergebnis 2012.

Im Rahmen der Überarbeitung des Brandschutzbedarfsplanes 2013 ist vorgesehen, den Tagesdienst um 3 Funktionen zu erweitern. Im Tagesdienst findet der Faktor 1,3 Anwendung, so dass sich hieraus 5 Personen ergeben. Dies ergibt Personalmehraufwendungen in Höhe von 248.435 €. Näheres siehe auch im Planungsreport. Mit einer Umsetzung "Zug um Zug" im Laufe des Jahres 2014 ergeben sich rd. 125.000 € im Personalbudget 2014.

Aufgrund einer Langzeiterkrankung und der ungeklärten Dienstfähigkeit eines Mitarbeitenden (Beamten) sind zusätzliche Personalaufwendungen i.H.v. 73.226 € berücksichtigt. Ebenso sind zwei Brandmeisteranwärter mit insgesamt 43.639 € zusätzlich im Budget 2014 aufgenommen worden.

Insgesamt ergeben sich Mehraufwendungen i.H.v. 241.325 €.

Der Personalaufwand i.H.v. rd. 52.000 € zwischen dem Jahresergebnis 2012 und dem Planansatz 2013 ergibt sich durch eine Rückkehrerin aus der Elternzeit, die im Produkt nicht berücksichtigt worden ist und nun vorgenommen wurde.

Erläuterungen zu Investitionen:

Für 2014 sind Investitionen von 1.483.500 €; geplant.

Im einzelnen sind das:

- Gerätebeschaffung 106.000 € (25.000 € Waschmaschine/Trockner, 81.000 € Geräte)
- Fahrzeugbeschaffung 1.320.000 € (560.000 € Anzahlung Drehleiter DLK 23/12, 120.000 € Wechsellader gebraucht, 300.000 € HLF 20/16 hauptamtlich aus 2013, 290.000 € LF 20/16 Hiddesen aus 2013, 50.000 € ELW aus 2013)
- Bekleidung und persönliche Ausstattung 55.000 €
- Büroustattung 2.500 €

Planungsstand nach § 14 GemHVO:

Zu B 02083204: Die Voraussetzungen des § 14 GemHVO sind erfüllt.

Kurzbeschreibung

Beteiligung im bauaufsichtlichen Verfahren - Brandschau - Brandsicherheitswachen - Stellungnahmen im Baugenehmigungsverfahren

Ziele

Verhindern von Gefährdungen für Personen und Sachen

Auftragsgrundlage

FSHG, UVV und FwDV

Zielgruppe

Personen, Betriebe, Einrichtungen in Detmold

Politisches Gremium

Ausschuss für Bürgerservice, Ordnung, Feuerwehr und Rettungsdienst

Stellen	Einheit	Ist 2012	Plan 2013	Plan 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017
Stellen	Anz.	2,30	2,30	2,30	-	-	-

Leistungen	Einheit	Ist 2012	Plan 2013	Plan 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017
Anzahl der Vorgänge gesamt	Anz.	384	560	460	-	-	-

Kennzahlen	Einheit	Ist 2012	Plan 2013	Plan 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017
Anteil der Brandschauen mit erheblichen Mängeln zur Gesamtzahl der Brandschauen	%	50	40	38	-	-	-
Anzahl der Brandschauen	Anz.	44	200	100	-	-	-
Anzahl der Stellungnahmen im Baugenehmigungsverfahren	Anz.	165	190	195	-	-	-
Beratungen	Anz.	175	170	165	-	-	-
Durchschnittlicher Betriebsaufwand je Vorgang	€	381	340	391	-	-	-

Teilergebnisplan Ertrags- und Aufwandsarten in €	vorl. Ergebnis 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017
+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	33.488,00	30.500	37.000	37.000	37.000	37.000
= Ordentliche Erträge	33.488,00	30.500	37.000	37.000	37.000	37.000
- Personalaufwendungen	146.380,24	175.785	165.569	167.220	168.901	170.591
- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	2.701,95	4.400	4.400	4.400	4.400	4.400
- Sonstige ordentliche Aufwendungen	39.702,19	33.020	40.020	40.020	40.020	40.020
= Ordentliche Aufwendungen	188.784,38	213.205	209.989	211.640	213.321	215.011
= Ordentliches Ergebnis	-155.296,38	-182.705	-172.989	-174.640	-176.321	-178.011
- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	2.653,96	2.743	2.762	2.785	2.827	2.872
= Ergebnis	-157.950,34	-185.448	-175.751	-177.425	-179.148	-180.883

Teilfinanzplan Ein- und Auszahlungsarten in €	vorl. Ergebnis 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014	VE 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017
+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	33.176,00	30.500	37.000	0	37.000	37.000	37.000
= Einzahlung aus lfd. Verwaltungstätigkeit	33.176,00	30.500	37.000	0	37.000	37.000	37.000
- Personalauszahlungen	101.835,96	127.835	117.219	0	118.390	119.581	120.771
- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	2.701,95	4.400	4.400	0	4.400	4.400	4.400
- Sonstige Auszahlungen	39.702,19	33.020	40.020	0	40.020	40.020	40.020
= Auszahlung aus lfd. Verwaltungstätigkeit	144.240,10	165.255	161.639	0	162.810	164.001	165.191
= Saldo der lfd. Verwaltungstätigkeit	-111.064,10	-134.755	-124.639	0	-125.810	-127.001	-128.191

Erläuterungen

In den letzten Jahren wurden im FB 3 die Aktivitäten im Bereich des vorbeugenden Brandschutzes intensiviert.

Die Grundüberlegung war, dass die Vermeidung von Bränden nicht allein durch das bloße Beachten von Brandschutzvorschriften zu erreichen ist. Vielmehr soll durch Brandschutzerziehungsmaßnahmen im Kindergartenalter und im Schulbereich das diesbezügliche Verhalten in Brandsituationen geschärft werden. In enger Zusammenarbeit mit der Wehrführung wurden ab Herbst 2001 die Maßnahmen zur Brandschutzerziehung und Brandschutzaufklärung (BEBA) systematisch verstärkt.

Mit Wirkung vom 01.01.2011 wurde die Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Durchführung der Brandschau in der Stadt Detmold (Brandschau-Gebührensatzung) umgesetzt, die am 16.12.2010 durch den Rat beschlossen wurde.

Nach Abstimmung mit dem damaligen Fachbereich 9 (heute FB 2) ist das Projekt BEBA in den Kindergärten und Kindertagesstätten erfolgreich in 2002 gestartet. Beteiligung und Resonanz sind hervorragend. Das Projekt wird 2014 ff. fortgeführt.

Die Anstrengungen im Vorbeugenden Brandschutz (Brandschauen) beziehen sich jedoch im Wesentlichen auf die Sicherheit in öffentlichen Gebäuden und Gewerbebetrieben.

Seit Mai 2004 nimmt die Feuerwehr der Stadt Detmold die Aufgaben der Brandschutzdienststelle nach FSHG als Pflichtaufgabe wahr, dazu gehören im Wesentlichen die brandschutztechnischen Stellungnahmen im Baugenehmigungsverfahren, zu Brandschutzkonzepten, Rettungswegen usw.

Kurzbeschreibung

Transport von Nicht - Notfallpatienten (Krankentransport)

Ziele

Fachgerechte Hilfe zu leisten
 Unter Betreuung zu transportieren

Auftragsgrundlage

Rett.-Gesetz, RettAss.-Gesetz, Bundesseuchengesetz, Rettungsbedarfsplan

Zielgruppe

Menschen im rettungsdienstlichen Versorgungsbereich

Politisches Gremium

Ausschuss für Bürgerservice, Ordnung, Feuerwehr und Rettungsdienst

Stellen	Einheit	Ist 2012	Plan 2013	Plan 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017
Stellen	Anz.	7,55	7,55	7,55	-	-	-

Kennzahlen	Einheit	Ist 2012	Plan 2013	Plan 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017
Anzahl der Einsätze	Anz.	2.803	3.000	3.200	-	-	-
Durchschnittliche Betriebsaufwand je Ein- satz	€	196	198	207	-	-	-
Quote der Einsätze mit Einhaltung der Ein- treffzeiten / Gesamtzahl der Einsätze	%	83	80	80	-	-	-

Teilergebnisplan Ertrags- und Aufwandsarten in €	vorl. Ergebnis 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017
+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	386.718,12	592.456	669.796	670.882	688.124	682.692
+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	10,97	400	100	100	100	100
+ Sonstige ordentliche Erträge	0,00	5.000	5.000	5.000	5.000	5.000
= Ordentliche Erträge	386.729,09	597.856	674.896	675.982	693.224	687.792
- Personalaufwendungen	316.050,45	325.410	380.230	384.030	387.850	391.700
- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	149.476,08	169.780	179.850	179.850	179.850	179.850
- Bilanzielle Abschreibungen	33.644,11	34.880	46.170	49.310	61.040	51.890
- Sonstige ordentliche Aufwendungen	16.541,98	21.500	21.975	15.975	16.975	15.975
= Ordentliche Aufwendungen	515.712,62	551.570	628.225	629.165	645.715	639.415
= Ordentliches Ergebnis	-128.983,53	46.286	46.671	46.817	47.509	48.377
- Aufwendungen aus internen Leistungsbezie- hungen	42.886,42	46.286	46.671	46.817	47.509	48.377
= Ergebnis	-171.869,95	0	0	-0	0	0

Teilfinanzplan Ein- und Auszahlungsarten in €	vorl. Ergebnis 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014	VE 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017
+ Öffentlich-rechtliche Leistungsent- gelte	455.917,74	592.456	669.796	0	670.882	688.124	682.692

Teilfinanzplan Ein- und Auszahlungsarten in €	vorl. Ergebnis 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014	VE 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017
+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	49,62	400	100	0	100	100	100
+ Sonstige Einzahlungen	0,00	5.000	5.000	0	5.000	5.000	5.000
= Einzahlung aus lfd. Verwaltungstätigkeit	455.967,36	597.856	674.896	0	675.982	693.224	687.792
- Personalauszahlungen	305.807,61	312.440	367.390	0	371.050	374.750	378.470
- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	120.288,66	169.780	179.350	0	179.350	179.350	179.350
- Sonstige Auszahlungen	14.050,89	18.700	19.175	0	13.175	14.175	13.175
= Auszahlung aus lfd. Verwaltungstätigkeit	440.147,16	500.920	565.915	0	563.575	568.275	570.995
= Saldo der lfd. Verwaltungstätigkeit	15.820,20	96.936	108.981	0	112.407	124.949	116.797
- Auszahl. für den Erwerb bewegl. Anlageverm.	2.923,30	23.300	117.300	0	111.300	115.300	8.300
= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	2.923,30	23.300	117.300	0	111.300	115.300	8.300
= Saldo des Teilfinanzplanes nach Investitätigkeit	12.896,90	73.636	-8.319	0	1.107	9.649	108.497

Investitionsmaßnahmen in T€	Gesamt- ausgabe- bedarf	bisher bereit gest.	vorl. RE 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014	VE 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017
B02083300 Anschaffung von Fahrzeugen, Krankentransport und Rettungsdienst DT									
= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	310,0	0,0	0,0	0,0	100,0	0,0	103,0	107,0	0,0
Investitionstätigkeit unter der Wertgrenze									
= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	29,0	0,0	2,9	23,3	17,3	0,0	8,3	8,3	8,3
Saldo Investitionstätigkeit	-339,0	0,0	-2,9	-23,3	-117,3	0,0	-111,3	-115,3	-8,3

Erläuterungen

Auf der Grundlage des Rettungsbedarfsplanes für den Kreis Lippe wurde auch erstmalig eine eigene städtische Gebührensatzung erstellt. Der Kreis Lippe hat diesen Rettungsbedarfsplan überarbeitet und am 13.12.2010 mit Wirkung zum 01.01.2011 verabschiedet.

Die Entwicklung der Einsatzzahlen 2011 gab Anlass, in Kooperation mit dem Kreis Lippe zum 01.04.2012 eine den Erfordernissen angepasste Gebührensatzung zu erlassen. Erstmals kommt eine Abrechnungspauschale zum Tragen.

Der FB 3 rechnet für das Jahr 2014 mit einer geringen Zunahme der Krankentransporteinsätze gegenüber dem Jahr 2012. Es sind voraussichtlich 3.200 Einsätze zu erwarten.

Durch die Mehrzweckfahrzeugstrategie ist auch das Produkt 200 (RTW/Transport von Notfallpatienten) an dem Produkt 100 beteiligt und der RTW führt auch KTW-Transporte durch.

Für den Haushalt 2014 erhöhen sich die Personalkosten um rd. 55.000 €. Dieses ist begründet durch eine zus. Funktionsstelle und Tarifierhöhung, welche mit den Krankenkassen abgesprochen sind. Die funktionsgerechte Besetzung der Rettungsmittel und daraus resultierende Personalkosten ergeben sich aus dem Rettungsbedarfsplan und werden zu 100 % aus den Gebühreneinnahmen finanziert.

14.500 € werden investiv für Ersatzbeschaffung von Geräten und 2.800 € für Bekleidung und persönliche Ausrüstung und ein Fahrzeug (KTW) 100.000 € im Haushalt 2014 voraussichtlich benötigt.

Kurzbeschreibung

Lebensrettende Sofortmaßnahmen
Transportfähigkeit herstellen
Transport von Notfallpatienten

Ziele

Vitale Funktion herstellen und aufrechterhalten
Notfallpatienten unter Betreuung zu transportieren

Auftragsgrundlage

Rett.-Gesetz, RettAss.-Gesetz, Bundesseuchengesetz, Rettungsbedarfsplan

Zielgruppe

Menschen im rettungsdienstlichen Versorgungsbereich

Politisches Gremium

Ausschuss für Bürgerservice, Ordnung, Feuerwehr und Rettungsdienst

Stellen	Einheit	Ist 2012	Plan 2013	Plan 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017
Stellen	Anz.	19,73	20,73	20,73	-	-	-

Kennzahlen	Einheit	Ist 2012	Plan 2013	Plan 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017
Anzahl der Einsätze	Anz.	4.565	5.100	4.700	-	-	-
Anzahl der Einsätze nach 21.00 Uhr / Gesamtzahl der Einsätze	%	19	19	19	-	-	-
Durchschnittlicher Betriebsaufwand je Einsatz	€	316	302	337	-	-	-
Einsätze mit Erreichung der Hilfsfrist / Gesamtzahl der zeitkritischen Einsätze	%	93	90	90	-	-	-

Teilergebnisplan Ertrags- und Aufwandsarten in €	vorl. Ergebnis 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017
+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	1.647.028,72	1.533.562	1.583.555	1.612.755	1.625.694	1.636.234
+ Sonstige ordentliche Erträge	0,00	5.000	5.000	5.000	5.000	5.000
= Ordentliche Erträge	1.647.028,72	1.538.562	1.588.555	1.617.755	1.630.694	1.641.234
- Personalaufwendungen	1.044.284,33	1.142.770	1.177.610	1.189.390	1.201.270	1.213.280
- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	252.388,21	281.810	273.700	273.700	273.700	273.700
- Bilanzielle Abschreibungen	76.148,00	42.000	63.010	86.340	85.700	84.330
- Sonstige ordentliche Aufwendungen	23.499,20	24.500	26.575	20.575	21.575	20.575
= Ordentliche Aufwendungen	1.396.319,74	1.491.080	1.540.895	1.570.005	1.582.245	1.591.885
= Ordentliches Ergebnis	250.708,98	47.482	47.660	47.750	48.449	49.349
- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	48.887,86	47.482	47.660	47.750	48.449	49.349
= Ergebnis	201.821,12	0	-0	0	-0	-0

Teilfinanzplan Ein- und Auszahlungsarten in €	vorl. Ergebnis 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014	VE 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017
+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	1.464.921,72	1.533.562	1.583.555	0	1.612.755	1.625.694	1.636.234
+ Sonstige Einzahlungen	0,00	5.000	5.000	0	5.000	5.000	5.000
= Einzahlung aus lfd. Verwaltungstätigkeit	1.464.921,72	1.538.562	1.588.555	0	1.617.755	1.630.694	1.641.234
- Personalauszahlungen	820.170,04	972.930	892.530	0	901.460	910.460	919.560
- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	264.688,81	281.810	273.200	0	273.200	273.200	273.200
- Sonstige Auszahlungen	16.900,62	19.000	21.075	0	15.075	16.075	15.075
= Auszahlung aus lfd. Verwaltungstätigkeit	1.101.759,47	1.273.740	1.186.805	0	1.189.735	1.199.735	1.207.835
= Saldo der lfd. Verwaltungstätigkeit	363.162,25	264.822	401.750	0	428.020	430.959	433.399
- Auszahl. für den Erwerb bewegl. Anlageverm.	157.789,67	120.000	183.000	0	176.000	10.000	10.000
= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	157.789,67	120.000	183.000	0	176.000	10.000	10.000
= Saldo des Teilfinanzplanes nach Investitätigkeit	205.372,58	144.822	218.750	0	252.020	420.959	423.399

Investitionsmaßnahmen in T€	Gesamt- ausgabe- bedarf	bisher bereit gest.	vorl. RE 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014	VE 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017
B02083301 Anschaffung von Fahrzeugen, Krankentransport und Rettungsdienst DT									
= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	327,0	0,0	153,1	0,0	161,0	0,0	166,0	0,0	0,0
Investitionstätigkeit unter der Wertgrenze									
= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	28,0	0,0	4,7	120,0	22,0	0,0	10,0	10,0	10,0
Saldo Investitionstätigkeit	-355,0	0,0	-157,8	-120,0	-183,0	0,0	-176,0	-10,0	-10,0

Erläuterungen

Auf der Grundlage des Rettungsbedarfsplanes für den Kreis Lippe wurde auch erstmalig eine eigene städtische Gebührensatzung erstellt. Der Kreis Lippe hat diesen Rettungsbedarfsplan überarbeitet und am 13.12.2010 mit Wirkung zum 01.01.2011 verabschiedet.

Die Entwicklung der Einsatzzahlen 2011 gab zum Anlass, in Kooperation mit dem Kreis Lippe zum 01.04.2012 eine den Erfordernissen angepasste Gebührensatzung zu erlassen. Erstmals kommt eine Abrechnungspauschale zum Tragen.

Der FB 3 rechnet für das Jahr 2014 mit einer geringeren Anzahl der Rettungsdiensteinsätze gegenüber dem Vorjahr. Es sind voraussichtlich 4.700 Einsätze zu erwarten.

Durch die Mehrzweckfahrzeugstrategie wird auch das Produkt 100 (KTW/Transport von Kranken) bedient und der RTW führt auch KTW-Transporte durch.

Für den Haushalt 2014 erhöhen sich die Personalkosten um rd. 35.000 € (Tariferhöhung). Die Krankenkassen haben diesen Mehrkosten zugestimmt. Die daraus resultierenden Personalkosten ergeben sich aus dem Rettungsbedarfsplan und werden zu 100 % aus den Gebühreneinnahmen finanziert.

16.500 € werden investiv für Ersatzbeschaffung von Geräten und 5.500 € für Bekleidung und persönliche Ausrüstung und ein Fahrzeug (RTW) in Höhe von 161.000 € im Haushalt 2014 voraussichtlich benötigt.

Kurzbeschreibung

Beurkundung von Geburten und Sterbefällen; Nachregistrierung von Personenstandsfällen im Ausland; Anmeldungen zur Eheschließung, Beratung nach deutschem und internationalem Recht, Durchführung von Eheschließungen, Ausstellen von Ehefähigkeitszeugnissen; Führung der entsprechenden Register und Ausstellung von Urkunden

Ziele

Schaffung beweiskräftiger deutscher Personenstandsurkunden und Rechtssicherheit im Personenstandswesen

Auftragsgrundlage

Personenstandsgesetz, Personenstandsverordnung, Dienstanweisung für die Standesbeamten und ihre Aufsichtsbehörde, BGB, internationales Ehe- und Kindschaftsrecht, BVFG

Zielgruppe

Deutsche und Ausländer

Politisches Gremium

Ausschuss für Bürgerservice, Ordnung, Feuerwehr und Rettungsdienst

Stellen	Einheit	Ist 2012	Plan 2013	Plan 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017
Stellen	Anz.	5,97	5,97	6,24	-	-	-

Leistungen	Einheit	Ist 2012	Plan 2013	Plan 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017
Anmeldung zur Eheschließung	Anz.	373	350	370	-	-	-
eingetragene Lebenspartnerschaften	Anz.	2	2	2	-	-	-
behördliche Namensänderung	Anz.	15	10	10	-	-	-
Führung der Personenstandsbücher	Anz.	5.579	6.000	6.000	-	-	-
Ausstellung von Personenstandsurkunden	Anz.	2.823	3.000	3.000	-	-	-
Beschwerden/Lob	Anz.	1	-	-	-	-	-

Kennzahlen	Einheit	Ist 2012	Plan 2013	Plan 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017
Anzahl von Eheschließungen von Nicht-Detmoldern in Detmold / Gesamtzahl von Eheschließungen	%	0,15	0,09	0,10	-	-	-
durchschnittlicher Betriebsaufwand je Vorgang	€	34,36	35,92	34,04	-	-	-
durchschnittlicher Ertrag je Vorgang	€	11,21	10,61	11,35	-	-	-
Anzahl der Geburten	Anz.	1.678,00	1.600,00	1.700,00	-	-	-
Anzahl der Eheschließungen	Anz.	382,00	350,00	360,00	-	-	-
Anzahl der Sterbefälle	Anz.	1.092,00	1.125,00	1.200,00	-	-	-

Teilergebnisplan Ertrags- und Aufwandsarten in €	vorl. Ergebnis 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017
+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	120.742,50	110.000	130.000	130.000	130.000	130.000
+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	7.102,00	7.500	7.000	7.000	7.000	7.000
= Ordentliche Erträge	127.844,50	117.500	137.000	137.000	137.000	137.000
- Personalaufwendungen	333.707,77	346.143	354.635	358.180	361.762	365.381
- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	836,57	3.000	0	3.000	0	3.000

Teilergebnisplan Ertrags- und Aufwandsarten in €	vorl. Ergebnis 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017
- Bilanzielle Abschreibungen	527,00	527	527	446	446	446
- Transferaufwendungen	240,00	240	240	240	240	240
- Sonstige ordentliche Aufwendungen	10.733,07	11.510	10.930	10.930	10.930	10.930
= Ordentliche Aufwendungen	346.044,41	361.420	366.332	372.796	373.378	379.997
= Ordentliches Ergebnis	-218.199,91	-243.920	-229.332	-235.796	-236.378	-242.997
- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	70.715,01	75.306	71.535	70.482	70.414	71.245
= Ergebnis	-288.914,92	-319.226	-300.867	-306.278	-306.792	-314.242

Teilfinanzplan Ein- und Auszahlungsarten in €	vorl. Ergebnis 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014	VE 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017
+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	120.356,05	110.000	130.000	0	130.000	130.000	130.000
+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	7.102,00	7.500	7.000	0	7.000	7.000	7.000
= Einzahlung aus lfd. Verwaltungstätigkeit	127.458,05	117.500	137.000	0	137.000	137.000	137.000
- Personalauszahlungen	294.270,70	301.215	308.805	0	311.892	315.011	318.162
- Transferauszahlungen	240,00	240	240	0	240	240	240
- Sonstige Auszahlungen	10.745,14	11.510	10.930	0	10.930	10.930	10.930
= Auszahlung aus lfd. Verwaltungstätigkeit	305.255,84	312.965	319.975	0	323.062	326.181	329.332
= Saldo der lfd. Verwaltungstätigkeit	-177.797,79	-195.465	-182.975	0	-186.062	-189.181	-192.332
- Auszahl. für den Erwerb bewegl. Anlageverm.	836,57	3.000	0	0	3.000	0	3.000
= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	836,57	3.000	0	0	3.000	0	3.000
= Saldo des Teilfinanzplanes nach Investitionstätigkeit	-178.634,36	-198.465	-182.975	0	-189.062	-189.181	-195.332

Investitionsmaßnahmen in T€	Gesamt- ausgabe- bedarf	bisher bereit gest.	vorl. RE 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014	VE 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017
Investitionstätigkeit unter der Wertgrenze									
= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	0,0	0,0	0,8	3,0	0,0	0,0	3,0	0,0	3,0
Saldo Investitionstätigkeit	0,0	0,0	-0,8	-3,0	0,0	0,0	-3,0	0,0	-3,0

Erläuterungen

Die Prognose für 2014 orientiert sich an dem Ergebnis des Jahres 2012 und dem Leistungsumfang der 1. Jahreshälfte 2013.

Die Auswirkung auf die Geburtenzahl in Detmold - auf Grund der Schließung der Geburtenabteilung in Lemgo im Jahr 2012 - lässt sich nun besser einschätzen. Unsere Schätzung von 1600 Geburten wurde übertroffen, so dass bei gleichbleibender Entwicklung rund 1.700 Geburten in 2014 erreichen könnten.

Die Zahl der Anmeldungen zur Eheschließung werden sich voraussichtlich auf rund 370, die Zahl der Trauungen auf 360 einpendeln.

Wie sich bereits in der 1. Jahreshälfte 2013 abzeichnet, hat sich die Zahl der Sterbefälle erhöht. Somit wurde die Planzahl für 2014 entsprechend angepasst und auf 1.200 Sterbefälle angesetzt, das könnte eine erste Auswirkung der demographischen Entwicklung sein.

Im Übrigen weicht der Leistungsumfang vom Ergebnis 2012 nicht stark ab.

Die Einnahmen könnten auf Grund des prognostizierten Leistungsumfangs in 2014 um rd. 9.000 € gegenüber 2012 steigen.

Die ordentlichen Aufwendungen liegen rd. 20.000 € höher als das Jahresergebnis 2012.

Kurzbeschreibung

Anspruchs- und Ermessenseinbürgerungen, Feststellung über deutsche Staatsangehörigkeit

Ziele

Eingliederung von ausländischen Mitbürger/innen

Auftragsgrundlage

Staatsangehörigkeitsgesetz, Ausländergesetz, Art. 116 Abs. II GG, § 21 HAG

Zielgruppe

Ausländische Mitbürger/ innen im Gebiet der Stadt Detmold und Aussiedler/ innen

Politisches Gremium

Ausschuss für Bürgerservice, Ordnung, Feuerwehr und Rettungsdienst

Stellen	Einheit	Ist 2012	Plan 2013	Plan 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017
Stellen	Anz.	0,92	0,92	0,92	–	–	–

Leistungen	Einheit	Ist 2012	Plan 2013	Plan 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017
Anträge eigene Zuständigkeit: Einbürgerung von Ausländern mit langjährigem Aufenthalt neue Anträge	Anz.	145	120	120	–	–	–
Summe der Vorgänge	Anz.	3.250	2.638	2.628	–	–	–
Kurzberatungen bis 10 Minuten	Anz.	1.973	1.500	1.500	–	–	–
Beratungen mehr als 10 Minuten	Anz.	979	850	850	–	–	–
Anzahl der Beschwerden/Lob	Anz.	3	–	–	–	–	–
durchgeführte Einbürgerungen	Anz.	127	120	120	–	–	–
Ehegatten von Deutschen: neue Anträge	Anz.	10	15	15	–	–	–
durchgeführte Einbürgerungen	Anz.	7	15	15	–	–	–
Feststellung der deutschen Staatsangehörigkeit: neue Anträge	Anz.	3	8	4	–	–	–
sonstige Einbürgerungen: neue Anträge	Anz.	6	5	2	–	–	–
durchgeführte Einbürgerungen	Anz.	0	5	2	–	–	–
Anträge mit Zuständigkeit der Bezirksregierung; neue Anträge	Anz.	0	–	–	–	–	–
durchgeführte Einbürgerungen	Anz.	0	–	–	–	–	–

Kennzahlen	Einheit	Ist 2012	Plan 2013	Plan 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017
Anzahl Beschwerden / Gesamtzahl der Vorgänge	%	0,00	–	–	–	–	–
durchschnittlicher Betriebsaufwand je Vorgang	€	21,04	27,66	28,09	–	–	–
Anzahl der durchgeführten Einbürgerungen	Anz.	140,00	140,00	137,00	–	–	–
Anzahl der Beratungen	Anz.	2.952,00	2.350,00	2.350,00	–	–	–

Teilergebnisplan Ertrags- und Aufwandsarten in €	vorl. Ergebnis 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017
+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	32.166,50	22.125	32.050	32.050	32.050	32.050

Teilergebnisplan Ertrags- und Aufwandsarten in €	vorl. Ergebnis 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017
= Ordentliche Erträge	32.166,50	22.125	32.050	32.050	32.050	32.050
- Personalaufwendungen	59.416,96	64.455	64.367	65.011	65.661	66.317
- Bilanzielle Abschreibungen	333,00	333	333	333	333	333
- Sonstige ordentliche Aufwendungen	453,96	525	510	510	510	510
= Ordentliche Aufwendungen	60.203,92	65.313	65.210	65.854	66.504	67.160
= Ordentliches Ergebnis	-28.037,42	-43.188	-33.160	-33.804	-34.454	-35.110
- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	8.269,98	13.242	8.741	8.456	8.432	8.520
= Ergebnis	-36.307,40	-56.430	-41.901	-42.260	-42.886	-43.630

Teilfinanzplan Ein- und Auszahlungsarten in €	vorl. Ergebnis 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014	VE 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017
+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	32.318,50	22.125	32.050	0	32.050	32.050	32.050
= Einzahlung aus lfd. Verwaltungstätigkeit	32.318,50	22.125	32.050	0	32.050	32.050	32.050
- Personalauszahlungen	42.869,54	43.796	43.868	0	44.307	44.750	45.197
- Sonstige Auszahlungen	490,25	525	510	0	510	510	510
= Auszahlung aus lfd. Verwaltungstätigkeit	43.359,79	44.321	44.378	0	44.817	45.260	45.707
= Saldo der lfd. Verwaltungstätigkeit	-11.041,29	-22.196	-12.328	0	-12.767	-13.210	-13.657

Erläuterungen

Der Leistungsumfang wurde aufgrund der Tendenz seit Beginn des Jahres 2013 veranschlagt. Es ist gegenüber den Vorjahren insgesamt zu einer Steigerung gekommen, die aber immer wieder starken Schwankungen unterworfen ist. Die Zahl der wahrgenommenen Beratungen bewegt sich weiterhin auf hohem Niveau. Anträge auf Feststellung der deutschen Staatsangehörigkeit werden nur noch sporadisch gestellt; es handelt sich hierbei um eine geringe Zahl, die aber schwer zu prognostizieren ist.

Die Einnahmen steigen einmalig in 2013 auf ein "Allzeithoch"; Grund hierfür ist die Umstellung der Gebührenerhebung (bislang direkt vor der Einbürgerung, jetzt gleich bei Antragstellung), wodurch in 2013 sowohl die Gebühren für die "alten" Fälle eingehen, als auch die für die aktuellen. In 2014 werden sich die Einnahmen wieder auf die bisherige Höhe einpendeln.

Der Sachaufwand bewegt sich auf dem Niveau von 2013, insbesondere Fachliteratur ist in angemessenem Umfang zu besorgen.